D3-230

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht



Seite 193-284

Aufsätze PEIFER

Die zivilrechtliche Verteidigung gegen Äußerungen im

Der Intermediär als Ermittler, Moderator und Entscheider in äußerungsrechtlichen Auseinandersetzungen?

Die Struktur des Internet - warum gehen manche Rechtsbehelfe ins Leere?

Dissonanzen des postmortalen Persönlichkeitsrechts

Buch

Hörfunk

Fernsehen

Multimedia

Presse

Entscheidungen

Zur Rechtswegerschöpfung bei der Verfassungsbeschwerde gegen eine Verpixelungsanordnung

Zur Beschwer wegen der Löschung einer E-Mail im Internet

OLG Karlsruhe

Zur Anwendung von Gemeinsamen Vergütungsregeln auf freie hauptberufliche Tageszeitungsjournalisten

OLG Hamburg

Zum Umfang der Unterlassungpflichten eines angestellten Redakteurs gegenüber seinem Arbeitgeber

Zur urheberrechtlichen Bedeutung der Betätigung des Facebook-Share-Button

LG Düsseldorf

Zur Vererblichkeit eines Geldentschädigungsanspruchs wegen Persönlichkeitsrechtsverletzung

OVG Thüringen

Zum Anspruch der Presse auf Übersendung eines anonymisierten Strafurteils

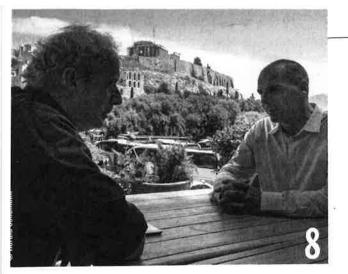
Buchbesprechungen

Orlowski: Praktikanten- und Volontärverträge

PVST 7759

otto**schmidt**

TANTSRIA			150 (1)
SWEET ATSBIBLION IN		Inha	alt
in in it is			
Aufsätze		OLG Hamburg , 10.2.2015 – 7 U 44/12	
PEIFER Die zivilrechtliche Verteidigung gegen Äußerungen im Internet	193	Zum Anspruch auf ergänzende Mitteilung nach einer rechtmäßigen Verdachtsberichterstattung	253
WIMMERS		OLG Karlsruhe, 11.2.2015 – 6 U 115/13	
Der Intermediär als Ermittler, Moderator und Entscheider in äußerungsrechtlichen Auseinandersetzungen?	202	Zur Anwendung von Gemeinsamen Vergütungsregeln auf freie hauptberufliche Tageszeitungsjournalisten	255
SCHNEIDER		OLG Hamburg, 18.2.2015 – 7 W 24/15 Zum Umfang der Unterlassungpflichten eines angestellten	
Die Struktur des Internet – warum gehen manche Rechtsbehelfe ins Leere?	210	Redakteurs gegenüber seinem Arbeitgeber	260
HELLE		OLG Dresden, 1.4.2015 – 4 U 1296/14	
Dissonanzen des postmortalen Persönlichkeitsrechts	216	Zur Störerhaftung eines Mikroblogbetreibers wegen Persönlich- keitsrechtsverletzungen	261
Bericht		OLG Frankfurt, 20.1.2015 – 11 U 95/14 Zur öffentlichen Wahrnehmbarmachung von TV-Sendungen in	
LIBOR		einer Gaststätte mit beschränktem Zugang	264
Haftung für Äußerungen im Internet	224	LG Frankfurt/M. , 17.7.2014 – 2-03 S 2/14	
EGMR-Rechtsprechung	228	Zur urheberrechtlichen Bedeutung der Betätigung des Facebook-Share-Button	267
202-20	220	LG Köln, 14.1.2015 – 28 O 251/14	
Blick nach Brüssel	229	Zur wirksamen Vollziehung einer einstweiligen Verfügung nach § 929 Abs. 2 ZPO	268
Medienkartellrecht	231	LG Düsseldorf, 15.4.2015 – 12 O 341/11 Zur Vererblichkeit eines Geldentschädigungsanspruchs wegen	270
Nachrichten		Persönlichkeitsrechtsverletzung	270
Portugal plant Zensur der Wahlberichterstattung	235	LAG Berlin-Brandenburg, 27.1.2015 – 11 Sa 868/14 Zum Vorliegen eines Gemeinschaftsbetriebes bei verschiedenen	
Buchpreisbindung auch für E-Books	235	Arbeitgebern einer Mediengruppe	272
Google umwirbt Verlage	235	OVG Berlin-Brandenburg, 28.1.2015 – OVG 12 B 21.13 Zum Anspruch auf Auskunft über Aufsichtsratsunterlagen des	
EU-Kommission will Mehrwertsteuer für E-Paper senken	235	Flughafen Berlin-Brandenburg	274
Initiative gegen Werbung auf Piraterie-Portalen gescheitert	236	OVG Thüringen , 13.3.2015 – 1 EO 128/15	
Neuer Anlauf zur Vorratsdatenspeicherung	236	Zum Anspruch der Presse auf Übersendung eines anonymisierten Strafurteils	276
Entscheidungen		VG Berlin, 27.1.2015 – 27 L 494.14	
BVerfG, 26.2.2015 – 1 BvR 1036/14		Zum Anspruch auf Auskunft über die Errechnung der Höhe von Mauteinnahmen	279
Zur Einschränkung der Meinungsfreiheit durch eine Kollektiv- beleidigung	236	VG Aachen, 12.3.2015 – 1 K 1032/14	277
BVerfG, 17.4.2015 – 1 BvR 3276/08	250	Zur Beeinträchtigung dienstlicher Belange bei Erteilung einer	
Zur Rechtswegerschöpfung bei der Verfassungsbeschwerde		Nebentätigkeitserlaubnis für die Teilnahme an einem scripted- reality-Format	282
gegen eine Verpixelungsanordnung	238	,	
BGH, 13.1.2015 – VI ZB 29/14 Zur Beschwer wegen der Löschung einer E-Mail im Internet	240	Buchbesprechungen	
BGH, 23.10.2014 – I ZB 61/13		BOSS Orlowski: Praktikanten- und Volontärverträge	284
Zum markenmäßigen Gebrauch der Farbe Gelb für zweispra- chige Wörterbücher	241	0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.10 / 0.1	201
OLG Hamm, 25.11.2014 – I-9 U 225/13		Impressum	285
Zur Persönlichkeitsrechtsverletzung durch den Einwurf von Gratiszeitungen	247		
OLG Düsseldorf, 1.1.2015 – I-16 W 92/14			
Zum Fehlen eines Verfügungsgrundes beim Vorgehen gegen angestellten Redakteur	248		
KG, 22.1.2015 – 10 U 134/14	<u> </u>		
Zu den Voraussetzungen der Erkennbarkeit einer abgebildeten			
Person	249		
OLG Celle, 29.1.2015 – 13 U 58/14 Zur Überprüfungspflicht der Auffindbarkeit gelöschter		× **	
Webseiten als Bestandteil eines Unterlassungsgebotes	251		









Schwerpunkt:

Ausgehebelte Marktmechanismen

<u>12</u>

Mit Projekten der Solidarökonomie stemmt sich die linke griechische Protestbewegung ganz praktisch gegen die Spardiktate.

Plötzlich nur Mensch zweiter Klasse

14

Die radikale Sparpolitik hat in Griechenland das Gesundheitssystem zusammenbrechen lassen.

Mittellos und ohne Schutz

16

Trotz Krise steigt auch in Griechenland die Zahl der MigrantInnen. Sie sind weitgehend auf sich selbst gestellt.

Humanität mit Krise

18

Trotz Rezession schultert Italien einen großen Teil der Flüchtlingsankünfte. Die Hilfsbereitschaft ist besonders auf Sizilien groß.

Jobmotor mit Armutsgefährdung

20

Nach der Krise steigt in Spanien wieder das Bruttosozialprodukt. Der Aufschwung geht jedoch auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

Wohnungsnot bei Leerständen

22

Das Gesicht der Krise in Spanien sind Delogierungen, die fast täglich stattfinden, und zivilgesellschaftlicher Protest dagegen.

Feindliche Übernahme

26

Die Troika trägt zum Abbau des Sozialstaats bei, zum Anwachsen von Ungleichheiten und stellt die europäische Einigung infrage.

Ausverkauf des Staates ist nicht der Heilige Gral

28

Die Troika setzte Griechenland unter Druck, sein Staatseigentum zu veräußern. Der Privatisierungszwang könnte sich rächen.

Ist die Troika an allem schuld?

30

Die Suche nach den Schuldigen der Krise lässt alte Klischees über Griechenland aufleben. Was ist dran? Ein Faktencheck.

Rettung für die Banken

32

Die Kreditauflagen für Griechenland sind für ArbeitnehmerInnen und Arbeitsrechte der größte Rückschlag seit Jahrzehnten.

Tarifautonomie ade

34

Von massiven Eingriffen in die nationalen Lohmpolitiken und dem erklärten Ziel der EU, die Gewerkschaften zu entmachten.

Krise vergrößert Gehaltsschere

In Spanien gibt es mehr und besser ausgebildete erwerbstätige Frauen. Bessere Löhne erhalten sie nicht, ganz im Gegenteil.

Die weibliche Seite der Krise

Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Durchschnittseinkommen, rigorose Sparkurse: Was bedeutet das für Frauen in Europas Süden?

Aufwachsen in Armut

Kinder sind die Leidtragenden der Weltwirtschaftskrise. Ein starkes Sozialsystem ist entscheidend für Armutsvermeidung.

Interview:

Interview mit Harald Schumann

Der deutsche Journalist über die fehlende demokratische Legitimation der Troika und die negativen Folgen ihrer Politik.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein "Reader" entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Standards: Tacky AFTSUNIVERS	
Standpunkt: Die Jugend hat mehr verdient	
Veranstaltung: SOZAK goes Europe	
Aus AK und Gewerkschaften	6/
Historie: Die lange Nacht des Faschismus	1
Zahlen, Daten, Fakten	2
Neues aus der SOZAK	4
Frisch gebloggt	4

blog.arbeit-wirtschaft.at twitter.com/AundW www.facebook.com/arbeit.wirtschaft www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Nicht zuletzt – von Markus Marterbauer

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Man kann nicht alles wissen

Der Fluch der Troika

Redaktion intern

"Die Verlogenheit bestand darin zu sagen: Wir geben Griechenland Kredit, weil wir so europäisch solidarisch sind." So fasst der Journalist Harald Schumann seine Kritik an der Troika-Politik zusammen. In dieser Ausgabe schauen wir uns die Situation im Süden Europas genauer an: Wir berichten über die in Griechenland entstandene Solidarökonomie (S. 12) und die dramatischen Folgen des drastischen Sparkurses für das dortige Gesundheitssystem (S. 14) sowie für die dort Schutz suchenden MigrantInnen (S. 16). Dass es Solidarität trotz Krise gibt, zeigt auch eine italienische Initiative (S. 18).

Wir hinterfragen die Sinnhaftigkeit der Privatisierungen, die Griechenland aufgezwungen werden (S. 28), gehen der Frage nach, wohin die "Hilfsgelder" denn nun eigentlich geflossen sind (S. 32), und thematisieren die tiefen Einschnitte in die Sozialpartnerschaft (S. 34).

In Spanien hat sich die Situation zwar entspannt – allerdings auf Kosten der ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen (S. 20) und der Frauen im Besonderen (S. 36). Frauen sind im Übrigen auch in anderen Ländern von der Krise stärker betroffen (S. 38), ebenfalls die Kinder (S. 40). Paradox, aber wahr: In Spanien gibt es fast täglich Delogierungen - bei gleichzeitig leer stehenden Wohnungen (S. 22).

Die Kolumne "Nicht zuletzt" stammt aus der Feder von Markus Marterbauer. Unter "Frisch gebloggt" lesen Sie Interessantes aus unserem Blog blog.arbeit-wirt schaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirt schaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

> Für das Redaktionskomitee 'Sonja Fercher

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 17/2015



Inhalt

Aufsätze		2.	H. P. Westermann, Patchwork-Familien im Gesellschaftsrecht M. Schockenhoff, Proxy Fights – bald auch in Deutschland? – Einwerben von Stimmrechtsvollmachten durch Aktionäre und Verwaltung S. Omlor, Die gemeinnützige Societas Unius Personae ("gSUP") – Eine zukünftige Protagonistin der europäischen Zivilgesellschaft?	649 657 665
Bericht			U. Baeck/T. Winzer/M. Ruttloff, Neuere Entwicklungen im Arbeitsrecht – Das Tarifeinheitsgesetz – Hintergrund, Überblick und verfassungsrechtliche Bewertung	670
Rechtsprech	ung			
Personengesells	chaf	tsrecht		
BGH	3.	2.15 – II ZR 335/13	Ansprüche bei Kündigung stiller Gesellschaften	674
Kapitalgesellsch	aftsi	recht		
EuGH OLG Hamm OLG München LG Frankfurt a. M.	9. 5.	4.15 – C-357/13 3.15 – 8 U 78/14 5.15 – 31 Wx 366/13 2.15 – 3-16 O 1/14	Kommanditgesellschaft auf Aktien polnischen Rechts als Kapitalgesellschaft Verlust des Doppelstimmrechts – Tönnies Keine höhere Entschädigung für HRE-Aktionäre (Ls.) Zusammensetzung des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung im Ausland beschäftigter Arbeitnehmer – Deutsche Börse AG	676 678 683 683
Handels- und R	egisi	terrecht		
BGH	3.	2.15 – II ZB 12/14	Keine Löschung des Vornamens aus dem Handelsregister nach Geschlechts- umwandlung	685
Steuerrecht				
BFH	4.	3.15 – II R 1/14	Keine Klagebefugnis eines zum Einspruchsverfahren einer GmbH hinzu- gezogenen Gesellschafters gegen Schenkungsteuerbescheid (Ls.)	688
BFH BFH		2. 15 – X R 36/11 1. 15 – X R 31/13	Spende an so genannte Vorstiftung keine Sonderausgabe (Ls.) Einkommensbesteuerung von Destinatärsleistungen von Stiftungen im Übergangszeitraum vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren (Ls.)	688 688



Strategische Herausforderungen für Wirtschaftsprüfer 561

IFRS 15: Umsatzrealisierung – Erfahrungen aus der Anwendung 570

Bilanzierung des Geschäfts- oder Firmenwerts – empirische Analyse 584

Praxis der Risikoberichterstattung im Mittelstand 597

EDITORIAL	Dr. Sebastian Heintges, Dr. Tim Hoffmann und	Pauschalierung der Einkommen- steuer bei Sachzuwendungen608
Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen Steuern und Insolvenz	Rainer Usinger IFRS 15: Spagat zwischen rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht der Umsatzrealisierung – Erfahrungen aus der Anwendung570	Steuerliche Behandlung von negativen Einlagezinsen und von Zinsen auf rückerstattete Kredit- bearbeitungsgebühren608
Aktuelles Stichwort APAReG557	Tim Schwarz und Prof. Dr. Jens Radde Die Bilanzierung des Geschäfts- oder	Lohnsteuer Steuerliche Behandlung von Arbeitgeberdarlehen609
Prüfung Zum Anwendungszeitpunkt von IDW Verlautbarungen und zur Anwendung von Entwürfen558	Firmenwerts in der deutschen Unter- nehmenspraxis – Eine quantitative und qualitative empirische Analyse der IFRS-Konzernabschlüsse des	Gewerbesteuer Keine erweiterte Kürzung für zu einem Vermögensstock des Gesell- schafters zur Bedeckung der Rück-
Entwurf eines IDW Prüfungs- standards zur weiteren An- passung an ISA 500 und ISA 501 verabschiedet558	DAX, MDAX und TecDAX584 Dr. Ismail Ergün, Prof. Dr. Stefan Müller und Lena Panzer	stellung für Beitragsrückerstattung gehörenden Grundbesitz einer gewerblich geprägten Personen- gesellschaft612
Entwurf eines IDW Prüfungs- standards zur Umsetzung des ISA 530 verabschiedet558	Praxis der Risikoberichterstattung im Mittelstand am Beispiel deutscher Groß- und Außen-	Umsatzsteuer Anwendungsfragen zu § 55 Abs. 4 InsO615
Prüfungsberichte zum GDV- Verhaltenskodex veröffentlicht558	handelsunternehmen597 STEUERN & RECHT	Umsatzsteuer-Voranmeldungen bei Aufnahme der selbständigen gewerblichen oder beruflichen
Rechnungslegung Einzelfragen zu Wertminderungen von Vermögenswerten nach IAS 36 (IDW RS HFA 40)559	Einkommensteuer Rückstellung einer Ärzte-GbR für Honorarrückforderungen aufgrund Überschreitung der Richtgrößen für	Tätigkeit einer Vorratsgesellschaft und bei Übernahme eines Firmen- mantels620
Wirtschaftsrecht Gesetz zur Frauenquote verkündet 560	ärztliche Verordnungen604 Bewertung des Vorratsvermögens	DIBLIOTHLK Neue BücherIV
BEITRÄGE	gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 a EStG – Lifo-Methode606	Rezensionen
Prof. Dr. Klaus-Günter Klein und Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann Wirtschaftsprüfung in einem sich wandelnden Umfeld – Strategische Herausforderungen für den Berufs- stand der Wirtschaftsprüfer	Ermittlung des Gewinns aus privaten Veräußerungsgeschäften in Fällen der rückwirkenden Verlängerung der Veräußerungsfrist bei Spekulationsgeschäften von zwei auf zehn Jahre	ZeitschriftenspiegelVII. Ausländische FachzeitschriftenIX ImpressumX

NJWSpezial



Heft 12/2015

	Miet- und Immobilienrecht Von Michael Drasdo	6,547
	M. Drasdo, Kostenverteilung unter WEG: Energiepass und Trinkwasser	353
	Trittschallschutz bei Bodenbelagswechsel (BGH)	354
	Kein Parteiwechsel in der Beschlussanfechtungsberufung (LG Frankfurt a.M.)	355
	Streitwert bei Zustimmungsklage (OLG Hamm)	355
	Ausweitung der Bergschadenhaftung	355
181	Familienrecht Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm	
THE REAL PROPERTY.	Darlegungs- und Beweislast bei Leistungsunfähigkeit (KG)	356
	Rechtswahrungsanzeige bei Leistungsunfähigkeit des Pflichtigen (OLG Hamm)	356
	Ausschluss des Versorgungsausgleichs (BGH)	357
	Kosten der Auskunft durch den Versorgungsträger (OLG Hamm)	357
	Wohnungszuweisung bei Nutzung eines einzelnen Raums als Büro (OLG Hamm)	358 358
	Ordnungsgeldverfahren nach Gewaltschutzanordnung (OLG Hamm)	336
	Erbrecht Von Wolfgang Roth	
	W. Roth, Das lückenhafte Testament – Rettung durch ergänzende Auslegung	359
	Haftung der Bank bei Nichtbeachtung einer Vorsorgevollmacht (LG Detmold)	360
	Zuvor bevollmächtigter Testamentsvollstrecker schuldet keine Auskunft (LG Bonn)	360
194	Verkehrsrecht Von Rainer Heß und Michael Burmann	
9		361
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH)	361 362
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH)	361 362 362
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH)	361 362 362 363
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH)	361 362 362
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH)	361 362 362 363 363
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH)	361 362 362 363 363
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH)	361 362 362 363 363
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH)	361 362 362 363 363 364 364
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH)	361 362 362 363 363 364 364 365 366
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH)	361 362 362 363 363 364 364
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Ohne Abnahme zur Fälligkeit? (OLG Bamberg)	361 362 362 363 363 364 365 366 366
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH)	361 362 362 363 363 364 365 366 366
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Ohne Abnahme zur Fälligkeit? (OLG Bamberg) Gesellschaftsrecht Von Dieter Leuering und Daniel Rubner Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag mit einem Vorstand (OLG München)	361 362 362 363 363 364 365 366 366
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Ohne Abnahme zur Fälligkeit? (OLG Bamberg) Gesellschaftsrecht Von Dieter Leuering und Daniel Rubner Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag mit einem Vorstand (OLG München) Keine Masseschmälerung trotz Zahlung auf debitorisches Konto (OLG Hamburg)	361 362 362 363 363 364 365 366 366
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Ohne Abnahme zur Fälligkeit? (OLG Bamberg) Gesellschaftsrecht Von Dieter Leuering und Daniel Rubner Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag mit einem Vorstand (OLG München) Keine Masseschmälerung trotz Zahlung auf debitorisches Konto (OLG Hamburg) Fehlgeschlagene Satzungsänderung als schuldrechtliche Verpflichtung (OLG Hamm)	361 362 362 363 363 364 365 366 366 367 367 367
	Rückabwicklung eines Kfz-Kaufs nach Untergang des Fahrzeugs (BGH) Mithaftung eines Mountainbikers bei Unfall mit Geländewagen (OLG München) Betriebsgefahr der Straßenbahn bei Unfall mit Fußgänger (OLG Saarbücken) Anforderungen an die fiktive Schadensabrechnung (OLG Hamburg) Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB beim Gebrauchtwagenkauf (BGH) Baurecht Von Stefan Weise und Tobias Hänsel P. Bachmann, Bestandsschutz und Brandschutz Verjährungsrisiko bei Teilforderungen (BGH) Unbestimmter Architektenvertrag (BGH) Ohne Abnahme zur Fälligkeit? (OLG Bamberg) Gesellschaftsrecht Von Dieter Leuering und Daniel Rubner Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Vertrag mit einem Vorstand (OLG München) Keine Masseschmälerung trotz Zahlung auf debitorisches Konto (OLG Hamburg)	361 362 362 363 363 364 365 366 366

	Arbeitsrecht Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück	
	U. Mosch, Verträge für Fußballprofis auf dem arbeitsrechtlichen Prüfstand	370
	"Betrieb" bei Massenentlassungen (EuGH)	371
	Unterschrift unter Berufungsschrift (BAG)	372
	Mitbestimmung des Betriebsrats bei Beendigung einer Personalgestellung (BAG)	372
	Insolvenzrecht Von Michael Dahl und Raul Taras	
	Bitte um Ratenzahlung allein kein Indiz bei Vorsatzanfechtung (BGH)	373
	Versagungsantrag auch durch Gläubiger einer bestrittenen Forderung (BGH)	373
	Anfechtungsgegner bei Inkassozession (OLG Koblenz)	374 375
	Art. 13 EuInsVO bei Auszahlung erst nach Verfahrenseröffnung (EuGH)	3,3
		17. H
	Strafrecht Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann	214
	S. Beukelmann, Folgen rechtsstaatswidriger Tatprovokation durch einen Lockspitzel	376
	Werbung für terroristische Vereinigung im Internet (BGH)	377
	Sachbeschädigung und Religion (OLG Hamm)	377 377
	Widerruf der Pflichtverteidigerbestellung aus wichtigem Grund (OLG München) Beweisantrag "ins Blaue" hinein (KG)	377
	Anforderungen an die Feststellung des Haftgrunds der Flucht (KG)	378
	Alleingesellschafter-Geschäftsführer kein "Angestellter" (LG Frankfurt a.M.)	378
81	Verfahrens- und Kostenrecht Von Norbert Schneider	
	Streitwert eines Verfahrens über den Widerruf eines Darlehensvertrags (LG Hamburg)	379
	Ermäßigte Gerichtsgehühr hei Urteil ohne Tatbestand und Gründe (OLG München)	379
	Gebühren im Verfahren über eine Beschwerde nach § 335a HGB (OLG Köln) Zusätzliche Gebühr bei Einstellung wegen anderweitiger Straftat (LG Saarbrücken)	380 380
	Kostenfestsetzung zu Gunsten mehrerer Kläger (OLG Koblenz)	381
	Rostellesisetzung zu Gunsten memeret zuges (===	
Mar I	Anwalt und Kanzlei Von Christian Dahns	
	Anwart und Kanzier	200
	C. Dahns, Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte	382
	Rechtmäßige Umlage für beA-Kosten (AnwGH Nordrhein-Westfalen)	383

ISSN 1613-4621

NJW Spezial Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung: Rechtsanwalt chrifteitung:
Rechtsanwalt Tobias Freudenberg,
Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt
a.M., Postanschrift: Postfach 110241,
60037 Frankfurt a.M., Telefon: (069)
75 6091-0, Telefax: (069) 75 6091-49.
E-Mail: njw@beck-frankfurt.de
Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin Nathalie Dennier (Ver-kehrsrecht); Rechtsanwalt Tobias kehrsrecht); Rechtsanwalt Tobias Freudenberg (Insolvenzrecht); Rechtsanwältin Antje Glinski (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin Irina Huth (Familienrecht); Rechtsanwalt Dr. Andreas Kappus (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin Dr. Maria Naucke-Lömker Rechtsanwällin Dr. Maria Naucke-Lomker (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin Esther Noske, LL.M. (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt Prof. Dr. Achim Schunder (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin Dr. Monika Spiekermann (Bau-recht); Rechtsanwalt Dr. Stephan Tausch (Straffecht); Rechtsanwalt Prof. Dr. Martin Weber (Geralleshe Prescht). Weber (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in die-ser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gift auch für die veröffentlichten Gerichts-

entscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelm-str. 9, 80801 München, Postanschrift:

Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 38189-0, Telefax: (089) 381 89-398, Postbank München: Nr. 6229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2015:

ezugspreis 2015:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten.

Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3–5, 86720 Nördlingen.

NJW-Inhalt

Aufsätze					
Holm Putzke/Jochen Zenthöfe	er				1777
		on Abschriften strafgerichtlic	her E	Entscheidungen	,
Die Veröffentlichung gerichtliche lose Anfragen an die Justiz. Do	er Entscheid och wer hat e	ungen ist im Rechtsstaat elementar, bei eigentlich Anspruch auf eine Urteilsabsch eweit Urteile anonymisiert bzw. gekürzt	promin hrift? V	nenten Verfahren gibt es zahl- /oraussetzungen und Berech-	
Peter Schrader/Nancy Novak					1783
•	cht nach	dem Mindestlohngesetz			1700
sind die Sanktionen bei Verlet.	zung der Do	rung einer Umgehung des Mindestlohr kumentationspflicht. Die Autoren erläuf ernehmen bei verschiedenen Arbeits- u	tern de	en Umfang dieser Pflicht und	
Zur Rechtsprechung					
Christian Armbrüster					1788
Neues vom EuGH?	tungsbes	chreibung in Versicherungsve	rträg	jen –	
(EuGH, NJW 2015, 1811)					
Bericht					
Michael Drasdo	_				1791
Rechte und Pflichten de	es Zwangs	sverwalters			
Rolf Wagner					1796
Aktuelle Entwicklungen	in der jus	stiziellen Zusammenarbeit in Z	ivils:	achen	
Forum					
Jochen Taupitz/Benjamin Herr					1802
Eizellspende verboten -	- Embryor	nenspende erlaubt?			
Buchbesprechungen					
		Würdinger: Festschrift für Peter Gottwa htsgesetz (Bernd-Rüdeger Sonnen); Fl			1807
Konzerninsolvenzrecht (Christo			ouiei.	Handbuch zum	
NJW-aktuell					
Editorial Industrie 4.0 – Justiz 1.5?	3	Standpunkt Kein Anspruch ohne Anspruchsgrund-	12	Rubrikenmarkt	21
(R. Gaier)		lage (<i>M. Möller</i>)		web.report	36
Gesetzgebung	6	Forum	14	Stellenmarkt	37
Rechtsprechung in Kürze	6	"Exzellenz-Initiative" in mittelständischer Anwaltskanzlei (<i>J. Busmann</i>)		Beck'sche Zeitschriften	50
Entscheidung der Woche	10	Bericht aus Brüssel	16	Buchhinweise	52
Nachrichten	10	ua: Agenda der EU-Kommission für eine bessere Rechtsetzung (<i>H. Lörcher</i>)		Personalien	54
		2000010 Flooritootzalig (Fit Loronor)			-G

10

Dokumentation

18 Kommendes Heft/Impressum

Zahlen der Woche

Heft 25/2015



Rechtsprechung

EuGH	09.01.15 - C-498/14 PPU	Zuständigkeit eines spezialisierten Gerichts für Rückgabe- und Sorgerechtsfragen	1809
EuGH	23.04.15 - C-96/14	AGB-Kontrolle eines darlehenssichernden Versicherungsvertrags	1811
BVerfG	13.05.15 — 1 BvQ 9/15	Kein Eilrechtsschutz von Maklern gegen das Inkrafttreten des "Bestellerprinzips"	1815
вдн	08.04.15 - IV ZR 103/15	Verjährungsbeginn nach Widerspruch gegen Lebensversicherung (Anm. R. Koch)	1818
BGH	18.02.15 - XII ZB 473/13	Rechte des Samenspenders bei Adoption durch Lebenspartnerin (Anm. B. Heiderhoff)	1820
BGH	26.03.15 - IX ZR 134/13	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Insolvenzanfechtungsprozess	1824
BGH	27.01.15 - VI ZR 467/13	Streithilfewirkung nur gegen streitverkündete Partei statt deren Versicherer	1824
BGH	20.01.15 - VIZR 209/14	Berufungsgerichtliche Entscheidung zu erstinstanzlich übergangenem Antrag	1826
вдн	29.04.15 - XII ZB 214/14	Recht auf Einsicht in gegnerische Pkh-/Vkh-Unterlagen (Anm. A. Zempel)	1827
вдн	19.02.15 - I ZB 55/13	Kostenquote bei beziffertem Ordnungsmittelantrag	1829
ван	21.01.15 - VII ZB 30/13	Pfändungsfreibetrag bei Vollstreckung durch die Unterhaltsvorschusskasse	1830
OLG Düsseldorf	18.12.14 - I-3 U 29/14	Anspruch auf Kapitalnutzungsersatz neben Verzugszinsen bei Rückabwicklung	1831
OLG Oldenburg	18.11.14 ~ 5 U 108/14	Schadensersatzanspruch gegen Arzt wegen Nichterkennens einer Schwangerschaft	1832
BGH	09.04.15 - 4 StR 401/14	Beweiswürdigung zum bedingten Vorsatz bei einer Trunkenheitsfahrt	1834
OVG Weimar	13.03.15 - 1 EO 128/15	Kein presserechtlicher Auskunftsanspruch auf Übersendung anonymisierten Urteils	1836
OVG Lüneburg	17.02.15 - 8 LA 26/14	Widerruf der Approbation als Arzt wegen Abrechnungsbetrugs (Ls.)	1838
BAG	29.01.15 - 2 AZR 164/14	Betriebsbedingte Änderungskündigung – Gleichrangigkeit der Sozialkriterien	1838
BAG	15.10.14 - 7 ABR 74/12	Zutritt von Betriebsratsmitgliedern des Verleiherbetriebs zum Entleiherbetrieb (Ls.)	1840

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 12/2015

Aus dem Inhalt:

- Miet- und Immobilienrecht: Kostenverteilung unter WEG: Energiepass und Trinkwasser
- Erbrecht: Das lückenhafte Testament Rettung durch ergänzende Auslegung
- Baurecht: Bestandsschutz und Brandschutz
- Arbeitsrecht: Verträge für Fußballprofis auf dem arbeitsrechtlichen Prüfstand
- Strafrecht: Folgen rechtsstaatswidriger Tatprovokation durch einen Lockspitzel
- Anwalt und Kanzlei: Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte
- Familienrecht, Verkehrsrecht, Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Verfahrens- und Kostenrecht: Rechtsprechungsübersichten

Schriftleitung: Prof. Dr. Jürgen Becker (V.i.S. 12

Redaktion: Christoph Seibold (leitender Redakteur), Nicole Bent (Redakteurin Rechtsprechung), Stephanie Niederolt (Redakteurin

STATSBIBLION

Redaktionsassistenz: Dr. Pascal Oberndörfer, Sebastian Pech. Dr. Martin Schippan

Anschrift der Redaktion:

Allschiff dir Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München, Telefon (089) 29195470, Telefax (089) 29195480, E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: http://www.urheberrecht.org/

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann, Dr. Tilo Gerlach, Dr. Harald Heker, Prof. Dr. Johannes Kreile, Dr. Urban Pappi, Prof. Dr. Manfred Rehbinder, Dr. Robert Staats

Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert P. Wiss. Betrat: Prof. Dr. Dieter Dorr, Gliddo Evers, Prof. Dr. Norbert P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller, Dr. Matthias Kirschenhofer, Michael Krause, Prof. Dr. Reinhold Kreile, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Tobias Schmid, Dr. Gernot Schulze, Prof. Dr. Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

Redaktionsvertretungen:

Italien: Prof. Dr. Salvatore Patti, Via Tacito 41, I-00193 Roma

Japan: Prof. Dr. Hiroshi Saito, Copyright Research and Information Center Tokyo Opera City Tower, 3-20-2 Nishi Shinjuku, Shinjuku-ku, Tokyo, 163-141 f Japan

Österreich: Prof. Dr. Walter Dillenz, Landstraßer Hauptstraße 67, A-1030 Wien

Schweiz: Dr. Adriano Viganò, Genferstraße 2, CH-8002 Zürich

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

59. Jahrgang · Heft 6/2015 ISSN 0177-6762

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Professor Dr. Karl-Nikolaus Peifer, Köln	
Urhebervertragsrecht in der Reform: Der Kölner Entwurf	437–443
Professor Dr. Gerhard Pfennig, Berlin	
Urhebervertragsrecht in der Reform: Der Entwurf der Initiative Urheberrecht	443-451
Professor Dr. phil. Christian Sprang, Frankfurt am Main	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der Buchverleger	451-456
Dr. Martin Soppe, Hamburg	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der Presseverleger	457–459
Professor Dr. Albrecht Hesse, München	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	460–462
Claus Grewenig, Berlin	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht des privaten Rundfunks	462-466
Professor Dr. Mathias Schwarz, München	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der Filmproduzenten	466–469
René Houareau, Berlin	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der Musikproduzenten	
Keine »einfachen« Lösungen für komplexe Wirtschaftsfragen	469-474
Sebastian Pech, München	
Urhebervertragsrecht in der Reform – Erste Entwürfe und Reaktionen	
Diskussionsbericht zur gleichnamigen Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht, München, am 20.3.2015	474–479
Dr. phil. habil. Jürgen Kasten, Berlin	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der Regisseure	
Vom Suchen und Finden der angemessenen Vergütung	
Mindesthonorar, tarifvertraglicher Vorrang und andere Probleme urhebervertragsrechtlicher Praxis	479–488
Professor em. Dr. Artur-Axel Wandtke, Berlin	
Reform des Urhebervertragsrechts aus Sicht der ausübenden Künstler	488-495
Dr. Simon Apel, Mannheim	
Anmerkung zu LG Berlin, Urteil vom 6. Januar 2015 – 15 O 412/14 – Öffentliche Zugänglichmachung von Pressetext	
in Zusammenhang mit Abmahnung als Verletzung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger	522–525
Rechtsprechung	
Prüfpflichten bei dem Erwerb von Fotos von mehrere Jahrhunderte alten Kunstwerken	
Urteil des Bundesgerichtshofs	
vom 19. Dezember 2014 – V ZR 324/13	496_407
	- 170 171

Schutz von Computerprogrammen	
Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main	
vom 27. Januar 2015 – 11 U 94/13	
Keine Anwendung des Erschöpfungsgrundsatzes aus § 17 Abs. 2 UrhG auf Online-Dienste	
Beschluss des Oberlandesgerichts Hamburg	
vom 24. März 2015 – 10 U 5/11 – nicht rechtskräftig	503–504
Angemessene Vergütung von freien Journalisten	
Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe	
vom 11. Februar 2015 – 6 U 115/13	504–509
Schutz des Unternehmenspersönlichkeitsrechts gegen kritische Äußerungen	
Beschluss des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main	
vom 28. Januar 2015 – 6 W 4/15	509–511
Wirksamkeit und Reichweite eines einem Plattformbetreiber mittels AGB eingeräumten Nutzungsrechts	
Urteil des Oberlandesgerichts Köln	
vom 19. Dezember 2014 – 6 U 51/14 – Produktfotos bei Amazon	511–515
Angemessene Vergütung und weitere Beteiligung von Übersetzern	
Urteil des Oberlandesgerichts Nürnberg	
vom 27. Februar 2015 – 3 U 1454/14 – nicht rechtskräftig	515–520
Öffentliche Zugänglichmachung bei ausschließlicher Erreichbarkeit über Ziel URL	
Urteil des Landgerichts Berlin	
vom 6. Januar 2015 – 15 O 412/14 – nicht rechtskräftig	520–521
Nebentätigkeit eines Beamten im Rahmen eines Scripted-reality-TV-Formats	
Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen	
vom 12. März 2015 – 1 K 1032/14 – nicht rechtskräftig	525–527
Buchbesprechungen	
Peter Baldwin: The Copyright Wars: Three Centuries of Transatlantic Battle	
Rechtsanwalt Prof. Dr. Albrecht Götz von Olenhusen, Freiburg/Düsseldorf	528–529
Gerald Spindler/Fabian Schuster (Hrsg.): Recht der elektronischen Medien	
Rechtsanwalt Dr. Simon Apel, Mannheim	529–530
Marco Louis: Die KEF und die Rundfunkfreiheit	
Rechtsanwalt Dr. Stefan Hepach, Ingolstadt	531–531
Stephan Haupt: Urheberrecht in der Schule	
Rechtsanwalt Dr. Wolf von Bernuth, Berlin	531–532

Schriftleitung
Prof. Dr. Jürgen Becker (V.i.S.d.P.)
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München Telefon: (089) 291954-70, Telefax: (089) 291954-80, E-Mail: redaktion@urheberrecht.org

www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise
11 Ausgaben im Jahr mit einer Doppelnummer

Bezugspreise 2015

Jahresabonnement 358,-- EUR; Einzelheft 40,-- EUR; Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot jährlich 498,-- EUR. Alle Preise verstehen sich inkl. MWSt, zzgl. Vertriebskosten.

Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsge-sellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BLZ: 660 100 75 Konto Nr.: 73636751 IBAN: DE07 6601 0075 0073 6367 51 BIC: PBNKDEFF oder Stadtsparkasse Baden-Baden: BLZ: 662 500 30 Konto Nr.: 5002266 IBAN: DE05 6625 0030 0005 0022 66 BIC: SOLA DE S1 BAD

Druck und Verlag Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Baden, Telefon: (07221) 21 04-0, Telefax: (07221) 21 0427 E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen Sales friendly Verlagsdienstleistungen, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte
Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 11/2015

17. Juni · 26. Jahrgang 2015 · Seite 409–448

Ulrich Soltész

Inhalt

Editorial

Editorial		Der On	nbudsmann im Wettbewerbsrecht – Eine Institution erfindet sich neu!	409
Europa-Rep	ort	Arbeits	s-, Bank-, Insolvenz-, Steuerrecht uvm	411
Aufsätze ur	nd Berichte		am Cremer/Alexander Bothe eistufenprüfung als neuer Baustein der warenverkehrsrechtlichen Dogmatik	413
		Grenze	p Eckel en der Rechtsdurchsetzung durch materiell-rechtliche Harmonisierung spiel des Kapitalmarkt- und Lauterkeitsrechts	418
		Die net	n der Eufinger ue CSR-Richtlinie – Erhöhung der Unternehmenstransparenz al- und Umweltbelangen	424
Buchbespre	chung		hristian Müller-Graff (Hrsg.): Enzyklopädie Europarecht – Band 4: Europäisches naftsordnungsrecht (Hans Arno Petzold)	428
Rechtsprech	nung			
EuGH	16. 04. 2015 — C-5	557/13	Insolvenzrecht: Anfechtung der Auszahlung eines vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens gepfändeten Betrags (m. Anm. Patrick Schulz, S. 432)	429
EuGH	26. 03. 2015 — C-6	501/13	Vergaberecht: Qualifikationsbezogene Zuschlagskriterien bei Vergabe eines Auftrags über Dienstleistungen mit intellektuellem Charakter (m. Anm. Matthias Goede, S. 435)	433
EuGH	22. 04. 2015 – C-3	357/13	Gesellschaftsrecht: Kommanditgesellschaft auf Aktien polnischen Rechts als Kapitalgesellschaft (m. Anm. Jan Dietze, S. 438)	436
EuGH	05. 02. 2015 – C-1	17/14	Arbeitsrecht: Anwendungsbereich der europäischen Grundrechte	439
BGH	18. 11. 2014 – KZF	R 15/12	Kartellrecht: Gesamtschuldnerausgleich bei Geldbußen der Kommission (kommentiert von Charlotte Reichow)	441



ARD 6452

69. Jahrgang, 18. Juni 2015

INHALTSVERZEICHNIS



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Manfred Lindmayr: Ein häufiger Fehler: Der unterstellte schlüssige Austritt

3

Die meisten Arbeitgeber bzw Personalisten haben eine solche Situation schon erlebt: Der Arbeitnehmer knallt im Zorn die Firmenschlüssel auf den Tisch und verlässt das Büro. Oder ein Mitarbeiter kommt tagelang nicht zur Arbeit, ohne einen Grund angegeben zu haben, und kann vom Arbeitgeber nicht erreicht werden. In solchen Fällen ist man schnell geneigt, von einem unberechtigten vorzeitigen Austritt des Arbeitnehmers auszugehen. Warum diese Schlussfolgerung aber gefährlich und mitunter kostspielig sein kann, wird im aktuellen Beitrag erläutert.

RECHTSPRECHUNG

Alkoholkontrollen bei Mitarbeitern mittels Alkomaten ohne Zustimmung des Betriebsrats unzulässig	8
Unzulässige Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Betriebsrats	10
Öffentliche Kritik eines BR-Mitglieds am Unternehmen	11
» INSOLVENZ-ENTGELT	
Insolvenz-Entgelt für Anspruch aus Konventionalstrafenvereinbarung	12
Kein Anspruch auf Insolvenz-Entgelt nach Löschung einer britischen "Limited"	13
Insolvenz-Entgelt: Österreichischer Arbeitgeber mit fester wirtschaftlicher Präsenz in Deutschland	14
» KINDERBETREUUNGSGELD	
Änderung der Kinderbetreuungsgeldvariante nach Mitteilung über den Leistungsanspruch	15
Pauschales Kinderbetreuungsgeld bei Wohnsitz in anderem EU-Mitgliedstaat	16
» STEUERRECHT	
Pflegekosten der Mutter nach Grundstücksschenkung – außergewöhnliche Belastung	18
Betreuung durch Tochter – Kilometergeldersatz keine außergewöhnliche Belastung	18
Löschung im Firmenbuch – Verlust der Parteifähigkeit	18
Einkommensteuerbescheid nach Wiederaufnahme – kein Aufhebungsantrag möglich	19
Mangelhafter Vorlagebericht – kein Mängelbehebungsauftrag	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

Inhaltsverzeichnis		Strategische Sozialberichterstattung 2015 – Deutschland – BT-Drucksache 18/4500 vom 27.3.2015	259
Der Kommentar		Auswirkung der beitrags- und steuerfreien Entgelt-	
Gunkel, Versprochene Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge nun auch umsetzen	193	umwandlung bei der betrieblichen Altersversorgung auf die Sozialversicherungen sowie die Finanzen des Bundes BT-Drucksache 18/4362 vom 18.3.2015	2 62
Abhandlungen		D1-D14CK34CHE 10/4502 VOIII 10.3.2013	202
Zwanziger, Aktuelle Rechtsprechung des BAG	195	Meinungen – Standpunkte – Empfehlungen	
Rolfs, Beitragszusage mit Mindestleistung – die große Unbekannte	198	Stellungnahme der aba zur externen Teilung im Versorgungsausgleich	265
Langohr-Plato, Unterstützungskassen – aktuelle arbeitsrechtliche Themen	201	Externe Teilung im Versorgungsausgleich: Experten uneins	269
Birkenbeul, Rückdeckungsversicherungen in der Insolvenz – Teil 1	206	Gutes Geschäftsjahr 2014 für Versicherungswirtschaft	2 69
Schu, Rückdeckungsversicherungen in der Insolvenz – Teil 2	211	Statistik	
Granetzny/Rawe, Wann braucht die Unterstützungs- kasse eine Banklizenz? – Auswirkungen von Unter- nehmenskäufen auf Unterstützungskassen	216	Beschäftigte investierten im Jahr 2012 rund 9,5 Milliarden Euro in betriebliche Altersvorsorge	270
Jumpertz/Karst, Ergebnisse einer Studie von Towers Watson zum Versorgungsausgleich	221	DAX-Unternehmen: Pensionsverpflichtungen und Planvermögen auf dem Höchststand	270
Hermann, Die Versorgungsausgleichskasse: Ein Erfolgsmodell	223	Neue DIA-Studie: Warum arbeiten Menschen im Rentenalter?	272
<i>Wild,</i> Aktuelle steuerliche Fragen der betrieblichen Altersversorgung aus Sicht der Betriebsprüfung	225	Verbraucherpreisindex	272
Cruccolini, Das Grünbuch "Schaffung einer Kapital- marktunion" der Europäischen Kommission	230	Europa Doppelbesteuerung von Renten	273
Informationen		Aufbau einer EU-Kapitalmarktunion: Balance zwischen Risikokontrolle und Wachstumsförderung	273
Aus der Gesetzgebung		Sind umlagefinanzierte und kapitalgedeckte Alters-	
Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen veröffentlicht	236	sicherungssysteme gleichartig?	274
Kapitalanlageverordnung veröffentlicht	236	Veranstaltung	
Zusatzversorgungsrechtliche Behandlung der Jahres- sonderzahlung bei Unterbrechungen durch Mutter- schutzzeiten	22.6	Europas Sozialversicherungssysteme: Sind sie zukunftsfähig?	274
BMI, Schreiben vom 2.3.2015 Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vorsorge-	236	Rechtsprechung	
aufwendungen und Altersbezügen; Zeitpunkt des Versorgungsbeginns für die Berechnung der Freibeträge für Versorgungsbezüge (§ 19 Absatz 2 Satz 3 EStG)		Vereinheitlichung der Altersgrenzen von Männern und Frauen BAG, Urteil vom 30.9.2014 – 3 AZR 998/12 (OS)	274
BMF, Schreiben vom 10.4.2015 Deutsch-französisches DBA überarbeitet: Für Rentner	237	Berücksichtigung eines sog. biometrischen Faktors bei der Anpassung von Betriebsrenten	
wird die Besteuerung einfacher	238	BAG, Urteil vom 30.9.2014 – 3 AZR 402/12 Rügefrist im Rahmen von § 16 BetrAVG	275
Aus der Politik		BAG, Urteil vom 21.10.2014 – 3 AZR 937/12	277
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie	238	Kein Mindestpensionsalter bei Versorgungszusage an beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer BFH, Beschluss vom 26.11.2014 – I R 2/14	284
Die Rolle der betrieblichen Altersversorgung im Drei-Säulen-Modell BT-Drucksache 18/4542 vom 2.4.2015	245	Überdotierung einer Gruppenunterstützungskasse BFH, Urteil vom 26.11.2014 – I R 37/13	284
Lebens- und private Rentenversicherungen – Aufbau der Zinszusatzreserve und Kosten für die Versicherten BT-Drucksache 18/4197 vom 4.3.2015	252	Funktionsäquivalenz von Zugewinn und Versorgungs- ausgleich OLG Karlsruhe, Beschluss vom 31.10.2014 – 20 UF 7/14 (LS)	287
Ziel und Ausgestaltung der solidarischen Lebens- leistungsrente BT-Drucksache 18/4558 vom 7.4.2015	255	Anforderungen an die Geltendmachung von Teilungskosten im Versorgungsausgleich OLG Celle Beschluss vom 5.12.2014 – 18 UF 26/13	287

ABHANDLUNGEN	
Die freie Arztwahl in der Krankenversicherung RUDOLF MOSLER	139
Umwandlung der ehemaligen Ersatzzeiten in (Teil-)Pflichtversicherungszeiten WOLFGANG PANHÖLZL	147
Bemessung des Arbeitslosengeldes und des Weiterbildungsgeldes bei EU-Wanderarbeitnehmern SARAH BRUCKNER	156
ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN	
Tarifvertrag für Selbständige und Kartellverbot KONRAD GRILLBERGER zu EuGH vom 4.12.2014, C-413/13, FNV Kunsten Informatie en Media	162
Befristung des ärztlichen Einzelvertrags RUDOLF MOSLER zu VfGH vom 11,3.2014, B 390/2012	168
Keine Erweiterung des IESG-Sicherungszeitraumes für nicht ausgeglichene Zeitguthaben bei Inanspruchnahme eines Karenzurlaubes GERHARD HÖBART zu OGH vom 28.4.2014, 8 ObS 4/14t	174
Unzulässige Ruhegenussanrechnung auf Entgeltansprüche CHRISTOPH KIETAIBL zu OGH vom 29,4.2014, 9 ObA 23/14v	179
Beweislast bei Kündigung einer Vertragsbediensteten wegen behaupteter sexueller Belästigung JULIA EICHINGER zu OGH vom 26.5,2014, 8 ObA 55/13s	182
Anspruch auf Pflegegeld für UnionsbürgerInnen trotz fehlender koordinierungsrechtlicher Zuständigkeit Österreichs THOMAS PFALZ zu OGH vom 17.6.2014, 10 ObS 36/14p	186
Der OGH als Retter des Gesetzgebers WOLFGANG KOZAK zu OGH vom 22.7.2014, 9 ObA 20/14b	190
Ruhen der Versehrtenrente bei Anstaltspflege RUDOLF MÜLLER zu OGH vom 30.9,2014, 10 ObS 92/14y	199
AUS DER GESCHICHTE DES ARBEITSRECHTS UND DES SOZIALRECHTS	
(Wieder-)Gründung kollektiver Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen 1945 KLAUS-DIETER MULLEY	206
BUCHBESPRECHUNGEN	
Holoubek/Lang (Hrsg) Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesfinanzgericht KATHARINA PABEL	214
Reissner/Neumayr (Hrsg) Zeller Handbuch – Betriebsvereinbarungen PETER JABORNEGG	214
Runggaldier/Schima Manager-Dienstverträge – Handbuch BARBARA FÖDERMAYR	215
Hutter Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen BARBARA TROST	216

	217
Kramer	
Juristische Methodenlehre	
ROBERT REBHAHN	
	218
Krohm	210
Weitergeltung & Nachwirkung – Kollektivrechtliche Vergütungsordnungen im Lichte von § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG	
BARBARA TROST	
DAIDARA ITOGI	
Niksova	219
Grenzüberschreitender Betriebsübergang – Arbeitsrechtliche Fragen bei grenzüberschreitenden Standortverlagerungen	
GERT-PETER REISSNER	

ENTSCHEIDUNGEN



ARBEITSRECHT

COUNTY	
96 Bei unwesentlichen Entgeltbestandteilen ist im Falle der Kombination eines Unverbindlichkeitsvorbehalts mit einem Widerrufsvorbehalt die jederzeitige Einstellung der Zahlung im Zweifel zulässig OGH 18.12,2014, 9 ObA 121/14f	125
97 Zugang zur Beschäftigung bei lokaler öffentlicher Verwaltung nur mit bestimmtem Nachweis von Sprachkenntnissen ist unzulässig EuGH 5,2,2015, C-317/14. Europäische Kommission/Königreich Belgien	125
98 Facebook-Eintrag des Arbeitnehmers – Entlassung wegen Vertrauensunwürdigkeit OGH 27.11.2014, 9 ObA 111/14k	126
99 Arbeitgeberkündigung aus rein fachlichen Gründen und nicht durch Betriebsänderung veranlasst, ist keine Beendigung iSd die Betriebsänderung abfedernden Sozialplans OGH 25.11,2014, 8 ObA 74/14m	127
100 Private "Nachbesprechungen" als Funktionsausübung deklariert: Entlassung eines Betriebsratsmitglieds wegen Untreue im Dienst OGH 29,1.2015, 9 ObA 141/14x	129
101 Ersatzruheanspruch wird durch außertourlichen Arbeitseinsatz während der letzten 36 Stunden der wöchentlichen Ruheze vor dem vorgesehenen Arbeitsbeginn ausgelöst OGH 18.12,2014, 9 ObA 123/14z	eit 13 1
102 Für bereits fixierte Ersatzruhetage kann Urlaub nicht vereinbart werden OGH 23.1,2015, 8 ObA 1/15b	132
103 Übergang der Dienstverhältnisse bei Betriebsübergang trotz Vergleichs über das Fortbestehen der Dienstverhältnisse mit ehemaligem Arbeitgeber OGH 27,11,2014, 9 ObA 119/14m	132
104 Einstufung infolge Kollektivvertragswechsels bei Betriebsübergang OGH 18,12,2014, 9 ObA 109/14s	133
105 Lehrverhältnis – schriftliches Nachholen einer mündlichen Austrittserklärung OGH 19,12,2014, 8 ObA 64/14s	133
106 Bloße Herstellung von Fertigbetonteilen kein Anwendungsfall des BUAG OGH 27,11,2014, 9 ObA 120/14h	135
107 Anrechnungsregelung des Bundesbahngesetzes für vor der Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgelegte Vordienstzeite ist weiterhin altersdiskriminierend OGH 26,2,2015, 8 ObA 11/15y	en 135
108 Kündigungsanfechtung wegen Diskriminierung und nicht einredeweise Geltendmachung der Diskriminierung im Aufkündigungsverfahren OGH 29,1,2015. 9 ObA 102/14m	136
109 Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft – keine IESG-Sicherung OGH 23,1.2015, 8 ObS 6/14m	137
110 Keine IESG-Sicherung mangels gesetzlicher Pflichtversicherung in Österreich OGH 23.1.2015, 8 ObS 13/14s	137
111 IESG-Sicherungsgrenzen bei Zusammentreffen von laufendem Entgelt und Kündigungsentschädigung im selben Monat OGH 23:1,2015, 8 ObS 7/14h	137
112 IESG-Sicherung der Kündigungsentschädigung für den Zeitraum einer freiwilligen längeren Kündigungsfrist OGH 25.11.2014. 8 ObS 9/14b	139

113 Unzulässigkeit des Rechtswegs für die Überprüfung einer öffentlich-rechtlichen Bestellung zur Magistratsdirektorin OGH 18,12,2014. 9 ObA 117/14t	141
114 Sonderzahlungen bei "Zwangsteilzeit" werden nicht nach der Betriebsvereinbarung über freiwillige Teilzeit berechnet OGH 18.12.2014, 9 ObA 97/14a	141
115 EuGH klärt einige Fragen zum Mindestlohn bei Entsendung EuGH 12,2.2015, C-396/13, Sähköalojen ammattiliitto	142
116 Unzuständigkeit des EuGH zur Überprüfung nationaler Probezeitregelungen EuGH 5,2,2015. C-117/14, Grima Janet Nisttahuz Poclava/Jose María Ariza Toledano	144
117 Aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge für Kurzzeit-Beschäftigte eines Kulturbetriebs nur zulässig, wenn konkrete Rechtfertigungsgründe bestehen EuGH 26.2,2015, C-238/14, Europäische Kommission/Großherzogtum Luxemburg	144
118 Entfall einer Abfindung bei Pensionsantritt – keine Altersdiskriminierung EuGH 26.2,2015, C-515/13, Ingeniørforeningen i Danmark	145
119 Durch KollV kann der zwingende kalendarische Urlaubsanspruch von fünf oder sechs Wochen nach dem UrlG nicht durch einen nach arbeitsfreien Stunden bemessenen Urlaubsanspruch ersetzt werden OGH 19,12,2014, 8 ObA 80/14v	146
120 Anrechnung eines vorgezogenen Urlaubs auf den Urlaubsanspruch des nächsten Urlaubsjahres nur bei Vereinbarung eines Urlaubsvorgriffs; Halbierung des Sonderzahlungsanspruchs für Zeiten mit Anspruch auf halbe Entgeltfortzahlung OGH 29.1.2015, 9 ObA 135/14i	148
121 Mehrfache befristete Höhereinreihung im Rahmen des unbefristeten Dienstverhältnisses einer Vertragsbediensteten ist keine unzulässige Kettenbefristung OGH 18,12,2014, 9 ObA 99/14w	150
122 Nichtberücksichtigung eines erst später – nach Jahren der Berufsausübung – absolvierten Aufbaulehrgangs für die Berechnung des Vorrückungsstichtags verstößt gegen das Verbot der Altersdiskriminierung OGH 27,11,2014, 9 ObA 98/14y	151
ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT	
123 Ist der Zugang einer Stellenzuweisung per Post strittig, trifft das AMS die Beweispflicht für die Zustellung BVwG 9.3,2015, W228 2013604-1	152
124 Offen gegenüber potentiellem Beschäftiger geäußertes Desinteresse eines Arbeitslosen gilt als Vereitelung einer zumutbaren Beschäftigung BVwG 28.2,2015, G312 2014700-1	153
125 Versehentlich versäumter Kursbeginn begründet keine Sanktion gem § 10 Abs 1 AlVG VwGH 23,1,2015, Ra 2014/08/0051-5	153
126 Verspätete Antragstellung – kein Verschulden der Behörde trotz rechtswidriger Vergabe eines Kontrolltermins nach Auslaufen der Leistung? BVwG 14.1.2015, W218 2011161-1	154
127 Beschwerde gegen "formlose" Ablehnung des Antrags auf Ratenzahlung ist möglich, da ein Bescheid vorliegt BVwG 23.2.2015, L503 2007603-1	155
128 Keine Fristverlängerung erforderlich, wenn der Antragsrückgabetermin wegen Krankenstands versäumt wird VwGH 27.11.2014, Ro 2014/0/0002	156
129 Konkrete Lebensumstände des Arbeitnehmers sind ausschlaggebend für die Eigenschaft als echter Grenzgänger VwGH 28.1.2015, 2013/08/0056	156



130 Fristenlauf für einen Vorlageantrag BVwG 22.1,2015, W121 2011793-1

chgewiesen werden konnte

131 Wiederaufnahme des Verfahrens, da nachträglich die Fälschung eines Beweismittels nachgewiesen werden konnte BVwG 12.3,2015, G308 2007595-1

SOZIALRECHT

132 Invaliditätspension: Keine Rahmenfristerstreckung durch Arbeitslosengeldbezug OGH 24.2,2015, 10 ObS 8/15x

158

157

157

133 Bei abgelegenem Wohnort und aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkter Pendelmöglichkeit ist regionaler Arbeitsmarkt auf Verweisungsmöglichkeiten zu prüfen OGH 16,12,2014, 10 ObS 145/14t

158

134 Härtefallregelung: Zeiten des Bezugs einer Invaliditätspension zählen nicht als Ersatz für die Arbeitslosmeldung in der Dauer von zwölf Monaten unmittelbar vor dem Stichtag OGH 16,12,2014, 10 ObS 147/14m

159

135 Verweisung nach längerer Abstinenz vom Arbeitsmarkt bei Angestellten OGH 16.12.2014, 10 ObS 137/14s

159

136 Keine europarechtlichen Bedenken gegen unterschiedliches Pensionsalter

136 Keine europarechtlichen Bedenken gegen unterschiedliches Pensionsalter OGH 16,12,2014, 10 ObS 44/14i

161

137 An zwölfstündigem Arbeitstag über die Schwerarbeitsgrenze hinaus erbrachte Arbeitskilojoule können nicht auf fiktive Schwerarbeitstage übertragen werden OGH 24.2.2015, 10 ObS 2/15i

163

138 Sozialversicherungsabgaben auf Vermögen sind unabhängig vom Arbeitnehmerstatus in die Koordinierung der Systeme

164

der sozialen Sicherheit einzubeziehen EuGH 26,2,2015, C-623/13, de Ruyter

139 Freiwillige Versicherung, deren Leistungen nicht auf die Leistung aus einem anderen Mitgliedstaat angerechnet werden darf, liegt schon bei bloßer Möglichkeit der Aussetzung der Beitragszahlungen vor EuGH 12,2,2015, C-114/13, Bouman

165

AKTUELLE SOZIALPOLITIK

50. Wissenschaftliche Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht MICHAELA FISCHER

167

(Frauenfreundliche) Änderungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz idF BGBI I 2014/94 ab 1.1.2015 $_{
m JUTTA}$ KEUL/BIRGIT SDOUTZ

170

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

Gutgläubiger Verbrauch des Arbeitsentgelts – insb bei fehlerhafter Abrechnung durch den Arbeitgeber in der Vergangenheit FELIX SCHÖRGHOFER

174

NEUE BÜCHER

Kallab/Ullmann/Hruška-Frank Arbeitsverfassungsgesetz in Frage und Antwort ANNA LISA ENGELHART

177

Boemke/Kursawe (Hrsg) Gesetz über Arbeitnehmererfindungen ERNST EYPELTAUER	177
Mayrhofer Arbeitsrecht für die betriebliche Praxis 2014/15 JASMIN HAINDL	177
Rieder/Mertinz/Wenzl Familienfreundlichkeit im Betrieb – Praxishandbuch HELGA HESS-KNAPP	178
Aust/Gittenberger/Knallnig-Prainsack/Strohmayer Berufsausbildungsgesetz BIRGIT SCHRATTBAUER	178
BÜCHEREINGANG	179

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

12/2015



INHALT

Aktuell	Mitteilungen	VIII X
	Veranstaltungen	Λ
Aufsätze und Berichte	S. Höfer / J. Nolte, Das neue EU Vergaberecht und die Erbringung sozialer Leistungen	441
	P. Wigge, Grenzen der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen – der Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen	447
	S. Weselski, Die Europäische Union, die Freizügigkeit und das deutsche Sozialleistungssystem	453
Buchbesprechungen	J. Berchtold/S. Huster/M. Rehborn, Gesundheitsrecht, SGB V SGB XI, Großkommentar (R. Zuck)	457
	Kreikebohm, SGB IV, Sozialgesetzbuch, Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (B. Glatzel)	458
Rechtsprechung	a	
Krankenversicherungsrecht	Krankentagegeldanspruch im Rahmen einer Wiedereingliederungsmaßnahme (BGH Urt. v. 11.3.2015 – IV ZR 54/14)	459
	Kostenübernahme für Cannabis zur Behandlung einer Epilepsie (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 27.2.2015 – L 4 KR 3786/13 – mit Fokus)	459
	Entstehung des Krankengeldanspruchs durch einmalige ärztliche Feststellung (SG Speyer Beschl. v. 3.3.2015 – S 19 KR 10/15 ER)	463
Rentenversicherungsrecht	Nachweis einer Beitragserstattung – Zulässigkeit des Anscheinsbeweises (LSG Bayern Urt. v. 5.2.2015 – L 1 R 717/14)	463
	Befreiung von der Versicherungspflicht für Tätigkeit im Ingenieurbüro – Vertrauensschutz	
	(SG Augsburg Schlussurt, v. 22.1.2015 – S 17 R 770/14)	464
Unfallversicherungsrecht	Haftungsprivilegierung des § 104 SGB VII – Fremdnützigkeit des Handelns (OLG Düsseldorf Urt. v. 31.3.2015 – I–1 U 87/14)	464
Grundsicherungsrecht	Leistungen als Zuschuss statt als Darlehen (BSG Urt. v. 17.2.2015 - B 14 AS 25/14 R - mit Fokus)	464
	Einstweiliger Rechtsschutz – Vorläufige Leistungsgewährung an EU-Ausländer (LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 29.1.2015 – L 6 AS 2085/14 B ER – mit Fokus)	469
	Berechnung der Leistungen für Selbständige – Mitwirkungspflichten (LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 11.2.2015 – L 7 AS 312/14 B)	471
	Unterkunftskosten im einstweiligen Rechtsschutz – Anforderungen an den Anordnungsgrund	
	(LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 17.2.2015 – L 12 AS 47/15 B ER)	472
	NZC 12/2015	

	Zum verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstab im sozialgerichtlichen Eilverfahren (LSG Bayern Beschl. v. 25.2.2015 – L 7 AS 125/15)	472
	Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben - Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für behinderte Menschen	
	(LSG Bayern Urt. v. 26.2.2015 – L 7 AS 215/14 – mit Fokus)	472
	Minderung der KdU wegen (nicht realisierbaren) Heizkostenguthabens (SG Braunschweig Endurteil v. 20.2.2015 – S 44 AS 121/14)	476
Arbeitsförderungsrecht	Versicherungspflicht wegen Bezugs von Erwerbsminderungsrente (LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 19.2.2015 – L 20 AL 22/14)	476
	Vergütungsanspruch eines Trägers einer Werkstatt für behinderte Mensche bei teilzeitbeschäftigten Werkstattbesuchern	
	(AG Luckenwalde Urt. v. 12.2.2015 – 12 C 13/14)	476
/ertragsarztrecht	Sonderzulassung zur Ausübung der belegärztlichen Tätigkeit	
e. a agsarza cene	(BSG Beschl. v. 1.4.2015 – B 6 KA 48/13 R)	476
	Teilnahme von ermächtigten Krankenhausärzten an ärztlichem Bereitschaldienst	fts-
	(SG Marburg Urt. v. 25.2.2015 – S 11 KA 11/15)	479
erfahrensrecht	Stellung des Antrags auf Begutachtung durch einen bestimmten Arzt erst im Termin	
	(LSG Rheinland-Pfalz Beschl. v. 12.2.2015 – L 6 SB 84/14)	479
	Vergütung für ein medizinisches SV-Gutachten	470
	(LSG Nordrhein-Westfalen Beschl. v. 20.2.2015 – L 15 KR 376/14 B)	479
	Kostenrisiko bei Widerspruchseinlegung ohne Begründung – Fehlende Möglichkeit einer Quotenbildung	
	(LSG Thüringen Urt. v. 25,2.2015 – L 4 AS 405/14)	st 479

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

NOMOS Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG und VERLAG C.H.BECK.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Gerhard Knorr Merseburger Str. 8 a 80993 München Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv. E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion: Karl Habermann, Ltd. MR a. D. Günther Macht, Ltd. MR André Scharrer, RiArbG

Manuskripte: Manuskripte sind an die lanuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsfor-men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffent-lichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leit-sätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redi-giert worden sind. Der Rechtsschutz giert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-gesetzes ohne schriftliche Genehmi-gung des Verlags in irgendeiner Form verwielfützt verhweitet oder öffent vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufge-nommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Post-fach 40 03 40, 80703 München. Fach 40 03 40, 80/03 Munchen. Media-Beratung: Telefon (0.89) 3.81 89-687, Telefax (0.89) 3.81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0.89) 3.81 89-598, Telefax (0.89) 3.81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 38189-0, Telefax: (089) 38189-398, Post-bank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80. Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jahresabo € 329,-(darin € 21,52 MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Stufür Stüdenten (fachbezogener Stüdiengang) und Referendare € 299,— (darin € 19,56 MwSt.). Einzelheft € 16,— (darin € 1,05 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft liefer-

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

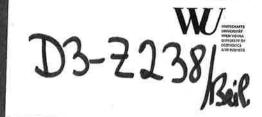
Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

atte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendentrag gestellt ist. Hiersen kann antrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenanahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.



Soziales Recht

Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August-Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit



Editorial

Das demokratische Unternehmen: Bürgerrechte und Mitbestimmung am Arbeitsplatz – Der alte Chef hat ausgedient?

Thomas Klebe Seite 37

Abhandlungen

Die Tarifbindung der Arbeitgeber -

Ausgewählte juristische Faktoren mit fördernder oder schwächender

Wirkung auf die Tarifbindung

Filip Dorssemont/Manfred Walser Seite 41

Das Schicksal der kleinen dynamischen arbeitsvertraglichen Bezugnahme

bei Ablösung des BAT durch den TVöD bzw. TV-L - Ausnahmen von der

Teilnahme an der Tarifsukzession?

Gregor Thüsing / Gisela Hütter Seite 60

Rezensionsaufsätze

Felix Hartmann, Negative Tarifvertragsfreiheit im deutschen und

europäischen Arbeitsrecht

Claudia Schubert Seite 70

Zusammenfassungen (Abstracts) / Vorschau Seite 76

www.soziales-recht.eu





Die Sozialgerichtsbarkeit Zeitschrift für das aktuelle Sozialrecht 06.15

62. Jahrgang Seiten 301 – 356

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Heike Pohl	
AUFSÄTZE	Prof. Dr. Constanze Janda Die Aktivierung junger Erwachsener im SGB II	_ 301
	Prof. Dr. Stefan Huster/Dr. Andrea Kießling Die Anlage der Rücklage von Sozialversicherungsträgern in Darlehen für gemeinnützige Zwecke	310
	Dr. Tilman Breitkreuz Die Haftung des Betreuers nach gescheiterter freiwilliger Krankenversicherung – wie normativ darf ein Schaden sein?	316
	Tim C. Werner Die Genehmigungsfiktion des § 13 Abs. 3a Satz 6 SGBV am Beispiel stationärer Krankenhausbehandlung	323
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung Bundessozialgericht	_ 326
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
VERWALTUNGSVERFAHREN	Rücknahme Verwaltungsakt §§ 45, 50 SGB X	
	Urteil des 12. Senats des BSG vom 30. 10. 2013 – B 12 R 14/11 R – Anmerkung von Dr. Jan Oliver Merten, Aachen	_ 335
VERFAHRENSRECHT	Seemannskasse/Satzungsleistungen §§ 137a ff. SGBVI; § 143 SGBVII (jeweils i.d. F. 30. 10. 2008) Urteil des 5. Senats des BSG vom 3.4. 2014 – B 5 R 5/13 R – Anmerkung von Prof. Dr. Joachim Becker, Berlin	344
GERICHTSVERFAHREN	Wahre Begehren §§ 123, 140, 144, 158 SGG Beschluss des 3. Senats des BSG vom 2.4.2014 – B 3 KR 3/14 B – Anmerkung von Michael Wolff-Dellen, Essen	_ 350
KURZ NOTIERT	BSG reduzierte Bestand unerledigter Rechtsstreitigkeiten um 13 Prozent	_ 354
SCHRIFTTUM	Luthe, Rehabilitationsrecht	_ 355
GESAMTSCHAU		, V

Aufsatz

- 210 Andrej Wroblewski, Arbeitsentgelt in der Unternehmensinsolvenz -Überblick und ausgewählte aktuelle Themen
- 217 Monika Schlachter, Die Vereinbarkeit ges. vorgeschriebener Tarifeinheit mit Art. 11 EMRK und den ILO-Übereinkommen Nr. 87 und 98
- 223 Franz Gamillscheg, Flüchtige Gedanken zum Tarifeinheitsgesetz

Arbeit und Rechtspolitik

- Zusammenfassende Erläuterungen der Änderungen zum 225 Insolvenzanfechtungsrecht
- 226 Bericht aus Berlin
- 228 Aktuelles aus Brüssel und Straßburg



Auf arbeitundrecht.eu

finden Sie weitere Hintergrundinformationen und Materialien

Arbeit und Sozialrecht

- 229 SG Detmold zu Aufstockern: Welche Kostenerstattungen des AG sind auf das Arbeitslosengeld (ALG) II anrechenbar? (Winkel/Nakielski)
- 230 Langzeiterkrankung: Krankenkasse darf Versicherte aus Krankengeld-Bezug aussteuern, wenn sie nur »pro forma« einen Rentenantrag stellen (Winkel/Nakielski)

Arbeit und Steuerrecht

230 Erstausbildungskosten jetzt auch nachträglich als Werbungskosten abziehbar (Gamp)

Auf arbeitundrecht.eu finden Sie die relevan-

ten Gesetzestexte.

Personalien | Termine | Info | Gelesen

- 231 Personalien
- 232 Termine
- 233 Aus anderen Zeitschriften | Neuerscheinungen

Rechtsprechung

Entscheidungen mit Anmerkung

233 Vertrauensschutzrechtsprechung zur Massenentlassung verletzt Recht auf ges. Richter BVerfG v. 10.12.14, 2 BvR 1549/07 (Schubert)

Leitsätze mit Praxistipp

236 ■ Dt.-Österreichische Altersteilzeit vor dem EuGH EuGH, 1. Kammer, Urt. v. 18.12.14, C-523/13 (Buschmann)

Leitsätze der Redaktion mit Volltextzugang

238 ■ 1. Individuelles Arbeitsrecht

> Abmahnung: LAG Niedersachsen v. 20.11.14, 5 Sa 980/14: Entfernung, Rücknahme, Widerruf Arbeitsentgelt: ArbG Berlin v. 04.03.15, 54 Ca 14420/14: Mindestlohn, Anrechnung Urlaubsgeld, Sonderzahlungen

Arbeitsvertrag: VG Hamburg v. 12.03.15, 17 K 3507/14: Arbeitszeit, Kraftfahrer

- ArbG München v.13.03.15, 33 Ca 14749/13: AGB, überraschende Klausel
- BAG v. 12.02.15, 6 AZR 831/13: Inhaltskontrolle der Probezeitdauer bei Vereinbarung durch AGB
- BAG v. 17.12.2014, 5 AZR 663/13: Sittenwidrigkeit von Vergütungsabreden bei RA
- 239 LAG Düsseldorf v. 10.09.14, 12 Sa 505/14: Telearbeit, Beendigung, AGB, Versetzung
 - BAG v. 11.12.14, 8 AZR 1010/13: Videoaufnahme eines AN, Veröffentlichung, Unterlassungsanspruch





SITÄTSBIBLIC

Berufsausbildung: BAG v. 17.03.15, 9 AZR 732/13: Ausbildungsvergutung bei mit öffentlichen Geldern gefördertem Ausbildungsplatz

Kündigung: BAG v. 26.03.15, 2 AZR 237/14: Kündigungsschutz nach künstlicher Befruchtung LAG Berlin-Brandenburg v. 02.10.14, 10 TaBV 1134/14: Schmähkritik, KZ-Vergleich

Urlaub: LAG Düsseldorf v. 26.11.14, 12 Sa 982/14: Übertragung, Elternzeit

240 Versorgungsleistung: BAG v. 13.01.15, 3 AZR 897/12: Auslegung einer Versorgungsordnung, Gesamtzusage, Gesamtversorgung

■ 2. Kollektives Arbeitsrecht

Betriebsverfassungsrecht: BAG v. 17.02.15, ABR 45/13: Personalgestellung, Mitbestimmung des BR

Tarifvertragsrecht: BAG v. 17.11.10, 10 AZR 845/09: Beitragspflicht, Sozialkassen des Baugewerbes, Gesamtheit von AN

■ 3. Verfahrensrecht

- BAG v. 11.12.14, 8 AZR 838/13: Immaterieller Schadensersatz, Mobbing, Verwirkung
- BAG v. 18.12.14, 2 AZR 163/14: Kündigungsschutzklage, Streitgegenstand, Wahrung der Klagefrist für Folgekündigung

Kurzmitteilungen

240 EuGH v. 30.4.15, C-80/14: Betrieb iSd. Massenentlassungs-RL

241 EuGH v. 13.5.15, C-392/13: Betrieb Referenzeinheit in Massenentlassungs-RL

BVerfG v. 5.5.15, 2 BvL 17/09, 2 BvL 18/09, 2 BvL 3/12, BvL 4-6/12, 2 BvL 1/14: Richterbesoldung - teilweise verfassungswidrig

BAG v. 29.4.15, 9 AZR 108/13: Angemessenheit der Ausbildungsvergütung BAG 15.4.15, 4 AZR 796/13: Zul. Differenzierung nach Gewerkschaftsmitgliedschaft

BAG v. 15.4.15, 4 AZR 587/13: Günstigkeitsvergleich: Arbeitszeit und Arbeitsentgelt BAG v. 21.4.15, 3 AZR 729/13: Betriebsrentenanpassung bei konzerninterner Verrechnungspreisabrede

BSG v. 22.4.15, B 3 KR 3/14 R: Perücke für älteren Mann keine Krankenversicherungsleistung BGH v. 16.04.2015, I ZR 69/11: Ausdruck und USB-Speicherung von Büchern in Bibliotheken LAG Berlin-Brandenburg v. 20.4.15, 2 BVL 5001/14 u. 2 BVL 5002/14: AVE des Sozialkassen-TV Baugewerbe - wirksam

OVG Münster v.6.5. 15, 8 A 1943/13/13: Keine Herausgabe von Durchwahlnummern aller Richter ArbG Berlin v.17.4.15, 28 Ca 2405/15: Kündigung des Arbeitsverhältnisses nach Geltendmachung des Mindestlohnes



Zusammenfassungen/Abstracts

245 Zusammenfassungen/Abstracts der Aufsätze Auf arbeitundrecht.eu finden Sie auch Abstracts.



Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen **Inhalt** 5. Jahrgang Heft 6/2015 S. 169-204



184

189

202

Beirat

RA Dr. Burkard Göpfert
RAin Dr. Simone Kämpfer
RA Dr. Christoph Knauer
RA Prof. Dr. Gerd Krieger
Prof. Dr. I-lans Kudlich
RA Dr. Michael Racky (WisteV)
RA Dr. Rainer Spatscheck
RA Dr. Michael Tsambikakis
RAin Renate Verjans
(geschäftsführend)

RA Dr. Markus Adick LOStA Folker Bittmann RA Dr. Lars Böttcher RAin Dr. Margarete Gräfin von Galen RA Prof. Dr. Ferdinand Gillmeister Prof. Dr. Matthias Jahn RA Dr. Thomas Keul RA Christoph Lepper, LLM. RA Prof. Dr. Holger Matt RA Dr. Bernd Rainer Mayer RA Jes Meyer-Lohkamp RAin Dr. Regina Michalke RA Dr. Panos Pananis RA Dr. Markus S. Rieder RAin Dr. Heide Sandkuhl RA Dr. Jörg Schauf RAin Dr. Hellen Schilling RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz RA Dr. Oliver Sieg RA PD Dr. Gerson Trüg RA Dr. Florian Ufer RA Nikolai Venn RA Prof. Dr. Jochen Vetter RA Dr. Marko Voß

Aufsätze

Kein Bußgeldregress einer Kapitalgesellschaft gegenüber Mitgliedern ihrer Organe – das Urteil des LAG Düsseldorf vom 20.1.2015

RA FAStR Dr. Rüdiger Werner

169

Abgeordnetenbestechung: Zu den Auswirkungen des § 108e Abs. 2, Abs., 3

StGB n.F. auf den Anwendungsbereich des Art. 2 § 2 IntBestG

Jurist (Univ.) Marius Haak

175

Rechtsprechung

Wirtschaftsstrafrecht

Zum Abrechnungsbetrug gegenüber Krankenkasse durch Einreichung erworbener Rezepte ohne Arzneimittelabgabe durch einen Apotheker ("Gutschriftensystem") (BGH, Urt. v. 12.2.2015 – 2 StR 109/14)

Steuerstrafrecht

Gewerbsmäßige Umsatzsteuerhinterziehung mit Hilfe von "Scheinunternehmen" im Altmetallhandel

(BGH, Beschl. v. 29.1,2015 – 1 StR 216/14)

Zur Strafzumessung bei Umsatzsteuerhinterziehung

(BGH, Beschl. v. 21.8.2014 – 1 StR 209/14)

m. Anm. RA FAStR Dr. Sebastian Beckschäfer

Zivilrecht

Auskunftsanspruch der Aktionäre über Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Vorstandsmitglieder
(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 23.2.2015 – I-26 W 14/14 (AktE))

Haftung des Geschäftsführers auf Schadensersatz wegen Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.9.2014 – I-21 U 38/14)

196

Neue Bücher

Schulze, Marcel, Die Konkretisierung und Quantifizierung des Vermögensnachteils bei ungetreuen Kreditgeschäften, 2014

ZWH-aktuell



D3-727

forumpoenale

Herausgeber-

Editeurs · Editrici

Jürg-Beat Ackermann Yvan Jeanneret

Bernhard Strauli Wolfgang Wohlers

Schriftleitung -

Direction de revue Direzione della rivista

Anja Hasler

RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA

AUFSÄTZE | ARTICLES | ARTICOLI

158

158

164

Jürg-Beat Ackermann/Samuel Egli: Die Strafartschärfung – eine gesetzesgelöste

Derya Sahin: «Systemnoten» – eine andere Form der Kleinkriminalität

Nils Stohner: Abgekürzte Rechtsstaatlichkeit - Überlegungen zum abgekürzten

Verfahren gemäss Art. 358-362 StPO

168

Frank Meyer: Neues zu den Rechtsfolgen unzulässiger Tatprovokation

Thomas Fingerhuth: BGE-Praxis I/2015

176 179

DOKUMENTATION | DOCUMENTATION | DOCUMENTAZIONI





INHALTSVERZEICHNIS

ZfV 1A/2015

40. Jahrgang, Juni 2015



FESTBEITRÄGE

Georg Lienbacher: Laudatio	147
Christoph Bezemek: Zur Rolle des Bundespräsidenten als Hüter des Gesetzgebungsverfahrens	150
Harald Eberhard: Demokratische Verwaltung und "Demokratisierung aller Lebensbereiche"	158
Michael Holoubek: Demokratie, Rechtsstaat und Verwaltungsgerichtsbarkeit	164
Benjamin Kneihs: Rechtskraft. Eine allgemeine Untersuchung aus Anlass einer spezifischen Diskussion	171
Georg Lienbacher: Hat der Wortlaut wirklich Vorrang?	194
Verena Madner: Europäisches Klimaschutzrecht – Vom Zusammentreffen von "alten" und "neuen" Instrumenten im Umweltrecht	201
Theo Öhlinger: Wer und was ist der Gesetzgeber? Anmerkungen zu Gewaltenteilung und parlamentarischem Regierungssystem in Österreich	210
Peter Pernthaler: Regeln für die Entstaatlichung	216
Michael Potacs: Auslegung und Legalitätsprinzip	230
Ewald Wiederin: Theorien als Methoden der Kompetenzinterpretation	236

Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich

56. Jahrgang

Juni 2015

Heft 1−2

INHALTSÜBERSICHT

Seite

ÖHW

Beiträge

- 01 Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann (Wien): Haushaltsrechtsreform des Bundes: Unterschiede zwischen Finanzierungshaushalt und Ergebnishaushalt 2013 sowie der Maastricht-Rechnung.
- em.o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Reinbert Schauer (Linz): Anmerkungen zum ersten Rechnungsabschluss des Bundes nach BHG 2013.
- 35 Hofrat Dr. Egon Mohr (Vorarlberg): Neues Rechnungswesen für Länder und Gemeinden sowie Verlängerung des Finanzausgleichs um die Jahre 2015 und 2016.
- MMag. Michael Kremser (Wien): Public Private Partnership (PPP) im Lichte des ESVG 2010 unter den Restriktionen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 ÖStP 2012.
- 52 ao. Univ.-Prof. Dr. René Clemens Andeßner (Linz): Der Wandel im bürgerschaftlichen Engagement als Herausforderung für den aktiven Staat auf lokaler Ebene.
- 65 RA Dr. Ulrike Hafner (Graz), Aktuelle Rechtsprechung Interessantes für Gemeinden: Judikatur des VfGH zur Steiermärkischen Gemeindestrukturreform.

ÖHW

Hinweise

- 72 Buchbesprechung von MMag. Dr. Robert Gmeiner.
- 74 Verschiedenes.
- 78 Mitgliederversammlung vom 4. Dezember 2014.



CONTENTS

SPECIAL ISSUE 20 YEARS AFTER BOSMAN: THE NEW FRONTIERS OF EU LAW AND SPORT

GUEST EDITOR'S INTRODUCTION	
Antoine Duval	172
2.5	
EDITORIAL	
Bosman: One for All	1 1
Stefaan Van den Bogaert	174
ARTICLES	
The Role of EU Competition Law in Tackling Abuse of Regulatory Power by	
Sports Associations	
Ben Van Rompuy	179
A Critical Analysis of the Application of State Aid Rules to Sport	
Phedon Nicolaides	209
FREDON NICOLAIDES	209
The Court of Arbitration for Sport and EU Law: Chronicle of an Encounter	
Antoine Duval	224
Article 17 of the FIFA Regulations on the Status and Transfer of Players:	
Compatibility with EU Law RICHARD PARRISH	256
RICHARD FARRISH	230
The Stamina of the Bosman Legacy: The European Union and the Revision of	
the World Anti-Doping Code (2011–2013)	
Jacob Kornbeck	283
Towards a Sporting Nationality?	• • •
Anna Sabrina Wollmann, Olivier Vonk and Gerard-René de Groot	305



Journal of WORLD TRADE

Volume 49	June 2015	Amortic de la companie de la compani	Number 3
Dial PTAs for Peace: The Infl Preferential Trade Agreeme Litigation between Trading	ents on	Petros C. Mavroidis & André Sapir	351
WCO Immediate Release Gu Application in the Eve of the		Cezary Sowinski	373
Which Future for Competition Trade System: Competition FTAs		Valerie Demedts	407
A Protectionist Bargain?: Agr European Union—Canada Agreement		William A. Kerr & Jill E. Hobbs	437
Contemporary Problems with Internet Gambling	n the GATS and	Umut Turksen & Ruth Holder	457
Sustainable Development of C Earth Industry within and w WTO		Brigid Gavin	495
The Sequencing Dilemma: W Union Succeed against Inde	-	Garima Shahani	517

RdE – Recht der Energiewirtsch

Heft 6/2015

Rechtliche Vorgaben für die Bundesnetzagentur bei regulatorischen Eingriffen in den Strommarkt im Interesse der Versorgungssicherheit	221
Der EEG-Förderungszeitraum von Offshore-Windenergieanlagen im Lichte der Haftungsregelung des § 17e Abs. 2 EnWG	229
Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus (Ref-E)	233
Die Zuständigkeit in energierechtlichen Verfahren mit Kartellrechtsbezug – Eine Untersuchung zum Verhältnis der §§ 87, 89 GWBund 102, 103 EnWG	236
nung	
Urteil vom 12. 3. 2015 – III ZR 36/14 mit Anm. Feurstein Zur Enteignung nach § 45 EnWG	241
Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 39/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (Thyssengas GmbH)	247
Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 37/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (ONTRAS Gastransport GmbH)	253
Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 42/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (Stadtwerke Rhede GmbH)	255
Urteil vom 16. 10. 2014 – 9 U 135/14 mit Anm. Groß Zum Vergütungsanspruch des Anlagenbetreibers bei Verstößen gegen § 6 Abs. 1 EEG 2012	259
Urteil vom 5. 6. 2014 – 13 U 144/13 Zur Veröffentlichungspflicht von Vergleichen zwischen Netzbetreiber und Netznutzer	
Urteil vom 15. 5. 2014 – 12 U 170/13 Zur Nutzung von Versorgungsanschlüssen eines Nachbargrundstücks	267
d Dokumente	
Energieversorgung in Zeiten der Energiewende – Tagungsbericht zu den 6. Bayreuther Energierechtstagen am 5./6. März 2015	270
Salje, EEG – Kommentar	272
	Eingriffen in den Strommarkt im Interesse der Versorgungssicherheit Der EEG-Förderungszeitraum von Offshore-Windenergieanlagen im Lichte der Haftungsregelung des § 17e Abs. 2 EnWG Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus (Ref-E) Die Zuständigkeit in energierechtlichen Verfahren mit Kartellrechtsbezug – Eine Untersuchung zum Verhältnis der §§ 87, 89 GWBund 102, 103 EnWG Jung Urteil vom 12. 3. 2015 – III ZR 36/14 mit Anm. Feurstein Zur Enteignung nach § 45 EnWG Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 39/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (Thyssengas GmbH) Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 37/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (ONTRAS Gastransport GmbH) Beschluss vom 27. 1. 2015 – EnVR 42/13 Zur Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die erste Regulierungsperiode (Stadtwerke Rhede GmbH) Urteil vom 16. 10. 2014 – 9 U 135/14 mit Anm. Groß Zum Vergütungsanspruch des Anlagenbetreibers bei Verstößen gegen § 6 Abs. 1 EEG 2012 Urteil vom 5. 6. 2014 – 13 U 144/13 Zur Veröffentlichungspflicht von Vergleichen zwischen Netzbetreiber und Netznutzer Urteil vom 15. 5. 2014 – 12 U 170/13 Zur Nutzung von Versorgungsanschlüssen eines Nachbargrundstücks # Dokumente Energieversorgung in Zeiten der Energiewende – Tagungsbericht zu den 6. Bayreuther Energierechtstagen am 5./6. März 2015

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung **12**/2015

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (0931) 4520649, Fax (0931) 4520921; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Wolff, Die Nachhaltigkeit der politischen Ordnung unter dem Grundgesetz - 397

Verleger, Anerkennung von in anderen Mitgliedstaaten erworbenen Berufsqualifikationen (Art. 41 ff. Leistungslaufbahngesetz [LlbG]) — 402

Ausbildung und Prüfung

Lösungshinweise zur Schwerpunktbereichsklausur im Umweltrecht: "Klirrender Nachbar" (Text s. BayVBl. 2015, 395) (Kahl/Ellerbrok) — 424

Literatur

Schmidbauer/Steiner, Bayerisches Polizeiaufgabengesetz und Bayerisches Polizeiorganisationsgesetz (Knemeyer) — 431 Schmidt/Schrader/Zschiesche, Die Verbandsklage im Umweltund Naturschutzrecht (Schenk) - 431

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung im Überblick, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum - II, III, IV

Rechtsprechung

EuGH	U.v. 11.12.2014	Rs. C-212/13	Vorlage zur Vorabentscheidung; Schutz natürlicher Personen; Verarbeitung personenbezogener Daten; Begriff "Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten" — 409
BayVerfGH	E.v. 19.02.2015	Vf. 76-VI-14	Rauchverbot; Vereinstreffen in einer Gaststätte; Vereinigungsfreiheit; Versammlungsfreiheit; Meinungsfreiheit; Gleichbehandlungsgrundsatz — 410
BayVGH	B.v. 05.03.2015	1 ZB 14.2373	Unterkunft für Asylbegehrende im Gewerbegebiet; positive Festsetzung von bestimmten einzelnen Nutzungen; gleichzeitiger Ausschluss der nicht festgesetzten Nutzungen; § 246 Abs. 10 BauGB lex specialis zu § 31 Abs. 2 BauGB; keine Befreiung bei Ausschluss von Anlagen für soziale Zwecke im Bebauungsplan — 413
	B.v. 14.10.2014	19 ZB 12.2490	(Allgemeiner) Jagdschein; Jagdpachtfähigkeit; Falknerjagdschein — 414
	B.v. 14.10.2014	12 BV 14.1629	Zweckentfremdungsrecht; baurechtliche Zulässigkeit einer Wohnnutzung; fehlende Sachverhaltserforschung; Zurückverweisung zur anderweitigen Entscheidung an das Verwaltungsgericht — 416
	B.v. 24.11.2014	11 ZB 14.1193	Inlandsungültigkeit einer durch Umtausch erworbenen ungarischen Fahrerlaubnis; Wohnsitzverstoß bei der Ausstellung des umgetauschten tschechischen Führerscheins; keine Anerkennungspflicht bei fehlender Eignungsüberprüfung — 419
BV erw G	B.v. 05.02.2015	3 B 16.14	Fahrerlaubnis; Entziehung der Fahrerlaubnis; Fahreignungsgutachten; fachärztliches Gutachten; Begutachtung der Fahreignung; Fachrichtung des begutachtenden Arztes; Beibringungsanordnung; Konkretisierung der zu begutachtenden Fragestellung; Mitteilung der Fragestellung an den Betroffenen; Anlassbezogenheit und Verhältnismäßigkeit der Begutachtung; Nichtvorlage eines angeforderten Fahreignungsgutachtens — 421

Wissenswertes für den Rechtsanwalt **BVerwG** B.v. 07.11.2014 **2 B 45.14**

Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde; Begründungsfrist; Ausschlussfrist; Rechtsmittelbelehrung; Inhalt; gerichtliches Beamtendisziplinarverfahren; Aufklärungspflicht; tatsächliche Feststellungen eines Strafurteils; Bindung; Lösung; Schuldfähigkeit; Tatzeitpunkt; Gleichstellungsbeauftragte — 423

Aktuelle Nachrichten

	AKIOGIIC Macinicii	
	Mehrwertsteuer — Reduzierung und Abbau der Hindernisse bei Auslandsgeschäften	125
	Steuerordnungswidrigkeiten	125
	Zollrecht — Nachweis der Rückwareneigenschaft	126
	Hermes-Deckungen für Afrika: Verbesserung der Deckungs- möglichkeiten für die Subsahara-Region	126
	Bundeskabinett beschließt Zollreform — Generalzolldirektion als Bundesoberbehörde	127
	${\it IT-Verfahren\ ATLAS-Codierungen\ und\ Bescheinigungen\}$	128
	Embargo gegen Myanmar/Birma bis April 2016 verlängert	128
	Embargo gegen die Zentralafrikanische Republik	129
	Neufassung der restriktiven Maßnahmen angesichts der Lage in Südsudan	130
	Outreach-Aktivitäten des BAFA 2015	131
	Umschlüsselungsverzeichnis zur Ausfuhrliste	131
-	Elektronische Vorlage von Spediteurbescheinigungen als Alternativnachweis	132
	FHA-Verhandlungen: TTIP, Japan, ASEAN, Mexiko, Türkei	132
	Änderung von Art. 109 ZK-DVO	134
	Pan-Euro-Med, Südafrika: Neue Änderungsbeschlüsse	134
-	Überprüfung der Antidumping- und Antisubventionszölle	135

GesetzgebungsReport

Europäische Union	136	
Österreich	140	
Schweiz	140	
Veranstaltungskalender	141	
Stellenmarkt		

Titelthema der AW-Prax 6/2015:

Schwierige Vereinfachungen



Beit	räge · Aufsätze · Berichte
00	Prof. Dr. Achim Rogmann/Sandro Kapidura Schwierige Vereinfachungen
0.7>	Nikolaus Voss Wirtschaftssanktionen gegen Russland und Iran
(O)	Dr. Carsten Weerth AEO-Abkommen EU-China 198
	Dr. Ulrich Möllenhoff Neues zur Selbstanzeige im Außenwirtschaftsrecht
	Michael Landwehr ICC aktualisiert Grundsatzerklärung zur Transferpreis- und Zollwertermittlung
Rec	ntsprechungsReport
	Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff Mindestlohn im EU-Ausland 207
	Hans-Joachim Kampl Nichtbeachtung des Zollflugplatzzwangs
	Professor Dr. Peter Witte Goldschmuck im Reiseverkehr
	Klaus Vorpeil OLG: Schadensersatzanspruch nach UN-Kaufrecht bei Wahl des deutschen Rechts
Aus-	und Weiterbildung
	Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff Lieferung und Transportpapier 219
Fach	literatur
	Klaus Vorpeil Zolltarifrecht
Imp	ressum 200

198

Nachrichten, Seminare, GesetzgebungsReport, Stellenmarkt





Wichtige Information zur Nutzung des Online-Archivs der Zeitschrift AW-Prax

Das Bundesfinanzministerium hat festgesetzt, bei allen Zeitschriftenabonnements die Nutzung der Print- und Online-Bestandteile steuerlich separat auszuweisen. Die Verlage sind verpflichtet, digitale Zusatzleistungen zu Zeitschriften wie beispielsweise Archive mit dem geltenden Umsatzsteuersatz von 19 % zu belegen. Betroffen von dieser Regelung ist auch die Vorablieferung des AW-Prax Newstickers per E-Mail vor Erscheinen der Zeitschrift.

Einen Zugang zum Online-Archiv der Zeitschrift AW-Prax sowie die Lieferung des AW-Prax-Newstickers erhalten Sie daher ab sofort zu Ihrer gedruckten Zeitschriftenausgabe für nur 1 € pro Monat (12 € jährlich, inkl. 19 % Musch)

Leider müssen wir das Archiv der AW-Prax daher künftig mit einer Zugangsbeschränkung belegen. Sie können den Zugang zum Online-Archiv aber auf der gewohnten Seite des Online-Archivs (www.aw-prax.de/archiv) zubuchen. Haben Sie dazu Fragen?

Frau Gerburg Brandt und Herr Isa Güleryüz stehen Ihnen unter der Tel.-Nr. 0221/97668-173/-357 gern zur Verfügung.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Bundesanzeiger Verlags, der BAV, der AEB und der AWA bei Wir bitten unsere Leser um Beachtung

AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolffgang; redaktion@aw-prax.de

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottrneyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter) redaktion@aw-prax.de

Herausgeberbeirat

Dr. Herbert Becherer, Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer und Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen Prof. Dr. Dirk Ehlers, Universität Münster, Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e. V. (EFA) Volker Hohn, Ministerialdirigent a. D.

RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt

Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Berlin

RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e. V. (BSL), Bonn

RA Olaf Kreuzer, Fribourg, Außenwirtschaftsrunde e. V., RAin Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e. V., Frankfurt RA Michael Lux, Brüssel

Dr. Anton Mairinger, Hofrot des Verwaltungsgerichtshofs, Wien Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a. D., München

Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Alexander von Portatius, Ministerialrat a. D., ehemals
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Prof. Dr. Achim Rogmann LLM (Murdoch), Brunswick European
Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel,

Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Dr. Bettina VogtLang, Bundesministerium für Finanzen, Wien Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln Johanna Werner, LLM., Deutscher Industrie- und Handelskammertag

(DIHK), Berlin Oliver Wieck, ICC Germony e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf Marianne Bamberger, München

Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster

Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster Serge Gurny, Eidg. Oberzolldirektion, Bern Hans-Janchim Konnof, Dial Finanzwirk, Hochschule des Bunde

Hans-Joachim Kompf, Dipl.-Finonzwirt, Hochschule des Bundes, Münster Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück

Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrot beim Statistischen Bundesamt — Gruppe Außenhandel, Wiesbaden Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a. D., Freiburg i. Br. Klous Vorpeil, Rechtsanwalt, Gau-Bigkelheim

Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, B. Sc. (Glasgow), LL. M., (Corn.), M.A., Hauptzallamt Bremen

ISSN 0029-859 X

D3-3/32 was selected to the se

Offentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft

68. Jahrgang Juni 2015 Heft 12 Seiten 493-536

www.doev.de Kohlhammer 12

Martin Burgi, Rechtsfolgenregime und Begriff des Unternehmens des öffentlichen Rechts in der BHO

Thomas Weck, Staatliche Unternehmen und die Daseinsvorsorge nach Marktregeln

Ulrich Battis, Baukultur – Operationalisierung eines Rechtsbegriffs

Uwe Zepf, Vertragsdenkmalschutz

Buchbesprechungen

Rechtsprechung in Leitsätzen

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen	
Martin Burgi, München, Rechtsfolgenregime und Begriff des Unternehmens des öffentlichen Rechts in der BHO	193
Thomas Weck, Bonn, Staatliche Unternehmen und die Daseinsvorsorge nach Marktregeln – Zugleich eine Klarstellung des Prüfungsmaßstabs der Monopolkommission zum sparkassenrechtlichen Regionalprinzip	500
Ulrich Battis, Berlin, Baukultur – Operationalisierung eines Rechtsbegriffs	300
Uwe Zepf, Berlin, Vertragsdenkmalschutz – Zugleich ein Beitrag zur Vertragsgestaltung im Verwaltungsrecht	
Buchbesprechungen	526
Peter Häberle (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge; Band 61 (Michael Kilian)	529
Leitsätze	
Gerichte der Europäischen Union	500
351. EuGH, Urteil vom 23.4.2015 – C-260/13 – Aykul – Fahrerlaubnisentzug im Ausland	530
Verfassungsgerichte	
352. StGH BW, Urteil vom 23.3.2015 – 1 VB 56/14 – Fortbestehen des Rechtsschutzbedürfnisses nach Erledigung; Anforderungen an die Sachaufklärungspflicht im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	530
Verwaltungsgerichtsbarkeit	
Öffentliches Dienstrecht	
353. BVerwG, Urteil vom 27.11.2014 – 2 C 24.13 – Keine Weisungsbefugnis für Nicht-Vorgesetzte; Privatisierung der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg	531
354. BVerwG, Urteil vom 3.12.2014 – 2 A 3.13 – Primärrechtsschutz gegen Abbruch eines Auswahlvertarrens	
nur im Verlanren der einstweitigen Andrung 355. BayVGH, Beschluss vom 23.3.2015 – 7 ZB 14.2052 – Ruhen der Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis als Beamter auf Zeit	
Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht	531
356. SächsOVG, Urteil vom 2.12.2014 – 2 A 281/13 – Anschaffung von Lernmitteln; Kostenerstattung	531
356. SächsOVG, Urteil vom 2.12.2014 – 2 A 261713 – Anstriating von Estatution, 357. HambOVG, Urteil vom 20.1.2015 – 3 Bf 155/10 – Erteilung eines Zeugnisses nach erfolgreicher Prüfungsanfechtung	532
Polizei- und Ordnungsrecht	
359. BVerwG, Urteil vom 28.1.2015 – 6 C 1.14 – Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit von Mitgliedern der Rockergruppierung "Bandidos"	532
Rockergruppierung "Bandidos" 360. BVerwG, Beschluss vom 10.2.2015 – 6 B 3.15 – Passentziehung; Wille, sich der Strafverfolgung zu entziehen	_{a:} 53:
Kommunalrecht D. Lawritheliadae aus dem Gemeinderat	, 53
361. BVerwG, Urteil vom 21.1.2015 – 10 C 11.14 – Ausschluss eines Ratsmitgliedes aus dem Gemeinderat. 362. HessVGH, Beschluss vom 5.2.2015 – 8 B 2099/14 – Anspruch des Bürgermeisters auf Ernennung und Amtseinführung trotz Wahlprüfungsverfahrens	
Gesundheits- und Lebensmittelrecht	E0
363. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 20.11.2014 – 3 C 25.13 – Verkaufsverbot für E-Zigaretten	. 53

Die Öffentliche Verwaltung – Juni2015 – Heft $12\,$



Boden- und Landwirtschaftsrecht	
Boden- und Landwirtschaftsrecht	
365. BVerwG, Urteil vom 10.12.2014 – 9 C 11.13 – Bodenordnungsplan; Minderausweisung; Geldabfindung	533
366. NdsOVG, Urteil vom 25.2.2015 – 15 KF 5/11 – Landabzug in der Flurbereinigung	533
Bau- und Planungsrecht	*
367. BVerwG, NK-Urteil vom 4.12.2014 – 4 CN 7.13 – Zulässiges Ziel einer Erhaltungssatzung	533
368. OVG NRW, Beschluss vom 10.9.2014 – 2 B 918/14 – Abstandsflächenberechnung; Außenwand	533
369. OVG NRW, NK-Urteil vom 30.9.2014 – 2 D 87/13.NE – Bebauungsplan; Bekanntmachung von Umweltinformationen	533
370. HessVGH, NK-Beschluss vom 5.2.2015 – 4 B 1756/14.N – Zulassung von Bürogebäuden im allgemeinen Wohngebiet	534
371. OVG NRW, Beschluss vom 12.2.2015 – 2 A 616/14 – Heilung der Unbestimmtheit einer Baugenehmigung; Konfliktbewältigung	534
372. OVG NRW, Beschluss vom 24.2.2015 – 2 B 99/15 – Errichtung einer Paintballanlage; Immissionsprognose	534
373. NdsOVG, NK-Urteil vom 25.2.2015 – 1 KN 140/13 – Ausschluss der Freilandgeflügelhaltung durch Bebauungsplan	534
374. <i>OVG Bln-Bhg,</i> Urteil vom 3.3.2015 – OVG 10 B 7.12 – Baugebühren für die Baugenehmigung zu Errichtung einer Sportstätte; persönliche Gebührenfreiheit	534
Naturschutz- und Umweltrecht	
375. NdsOVG, Beschluss vom 20.3.2015 – 12 LA 50/14 – Immissionsschutzrechtliche Genehmigung für Schlachtanlage	534
Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht	
376. BVerwG, Urteil vom 11.12.2014 – 3 C 6.13 – Verbot, Gegenstände auf Straßen zu bringen oder dort liegen zu lassen	534
377. BVerwG, Beschluss vom 5.2.2015 – 3 B 16.14 – Fahreignungsgutachten; Beibringungsanordnung; Konkretisierung der zu begutachtenden Fragestellung	
378. NdsOVG, Urteil vom 19.2.2015 – 7 LC 63/13 – Sondernutzungserlaubnis für das Aufstellen von Alttextilcontainern	535
Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht	
379. VGH BW, Beschluss vom 19.3.2015 – 11 S 334/15 – Ehegattennachzug; Zumutbarkeit der Nachholung des Visumsverfahrens	535
Sozialrecht	
380. SächsOVG, Urteil vom 16.3.2015 – 5 A 763/10 – Aufstiegsfortbildung; Ausbildung zum Fahrlehrer	535
Sonstiges Verwaltungsrecht	
381. BVerwG, Urteil vom 18.12.2014 – 7 C 22.12 – Nachsorgeverantwortung des Bergwerksunternehmers	535
382. SächsOVG, Urteil vom 2.3.2015 – 5 A 60/12 – Gebäudeaufmessung von Amts wegen	535
383. NdsOVG, Beschluss vom 17.3.2015 – 11 LA 131/14 – Operationen an Tieren durch Humanmediziner	535
Gerichtsverfahrensrecht	

385. NdsOVG, Beschluss vom 4.3.2015 – 4 LA 178/14 – Berechtigtes Feststellungsinteresse bei einer

388. NdsOVG, Beschluss vom 27.3.2015 – 5 LA 78/14 – Mangelnde Sachaufklärung; Nichtladung

386. $S\ddot{a}chsOVG$, Beschluss vom 6.3.2015 – 5 A 119/12 – Erledigung eines Bescheids durch Neuregelung;

NZBau



Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergabewesen

NZBau 6/2015

Juni 2015 · 16. Jahrgang 2015 · Seite 329-392

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.

Inhalt

Editorial		H. Summa, Die Umsetzung der neuen Vergaberichtlinien – ein erster Eindruck	329
Aufsätze		B. Messerschmidt, Die Abnahme von Architekten- und Ingenieurleistungen nach § 15 I HOAI 2013	331
	н	T. Müller, Verjährung von Ansprüchen wegen Mängeln beim Werkvertrag ohne Abnahme – Das Damoklesschwert im hängengebliebenen Architektenvertrag	337
		HJ. Prieß, Die Vergabe von Rettungsdienstleistungen nach den neuen Vergaberichtlinien	343
		H. Schröder, Das Konzessionsvergabeverfahren nach der RL 2014/23/EU	351
Entscheidung	sanmerkung	C. Braun, Die zutreffende Gebotsrechtsprechung des BGH (zu BGH, NZBau 2015, 113)	355
Literatur		G. Motzke/G. Bauer/Th. M. A. Seewald, Prozesse in Bausachen (H. Fuchs)	357
		H. Duve/Ch. Cichos, Bauleiter-Handbuch Auftragnehmer (P. Hummel)	358
		*	
Rechtsprechu	ing		
Privates Baurecht			
BGH BGH	26. 3.15 – VII ZR 92/14 26. 3.15 – VII ZR 347/12	Unwirksame bauvertragl. Rückgabeklausel zur Gewährleistungsbürgschaft Zurechenbarer Verfahrensstillstand bei Geltendmachung e. Teilforderung	359 363
OLG Bamberg OLG Hamm	3. 3.15 – 8 U 31/14 31. 3.15 – 24 U 30/14	Bestreiten einer anderweitigen Mängelbeseitigung mit Nichtwissen Anspruchskürzung wegen mitbeseitigter sonstiger Baumängel	364 367

Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer

BGH	12. 3.15 - VII ZR 173/13	Projektsteuerer als Erfüllungsgehilfe d. Auftraggebers von Ingenieurleistungen	368
OLG Düsseldorf	23. 10. 14 – I-5 U 51/13	Vorbehaltsurteil im Architekten-Honorarprozess mit Praxisanmerkung von W. Zepp	373 376
	5		
Vergaberecht			
EuGH EuGH	11.12.14 - C-113/13 16. 4.15 - C-278/14	Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung – Spezzino und Anpas Ausschluss bei Unterschwellenvergabe – SC Enterprise Focused Solutions SRL	377 383
OLG Koblenz OLG Naumburg OLG Düsseldorf	24. 3.15 – Verg 1/15 23.12.14 – 2 Verg 5/14 23.12.14 – VII-Verg 37/13	Schwellenwert von Interimsvergaben – Regiopost Aufhebung der Ausschreibung – Arzneimittelversorgung Keine Notwendigkeit der Hinzuziehung des Rechtsanwalts – Baukonzession	386 387 392

Umschlaginformationen

NZBau aktuell



Berlin Start: 19.11.2015

Stuttgart Start: 15.10.2015

nationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de



Tel, 07066 - 90 08 0 Fax 07066 - 90 08 22 Konlakt@ARBER-seminare.de www.ARBER-seminare.de

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen: Forum Institut für Management GmbH, ARBER Seminare und VERLAG C.H.BECK.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Hilfe braucht Helfer.

Ärzte für die Dritte Welt e.V. Offenbacher Landstr. 224 | 60599 Frankfurt/Main

Spendenkonto 488 888 0 | BLZ 520 604 10

www.aerzte3welt.de

Tel.: +49 69.707 997-0 | Fax: +49 69.707 997-20



ISSN 1439-6351

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Geschäftsführender Herausgeber: Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus D. Kapellmann, Viersener Straße 16, 41061 Mönchengladbach, Telefon: (02161) 811-601, Telefax: (02161) E-Mail: mg@kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den Textteil): Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A. (Rechtsprechung), Rechtsanwältin Kerstin Korn (Aufsätze und Schlussredaktion); Rechtsanwalt Dr. Hans von Gehlen. Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an sei-nem Beitrag für die Dauer des gesetz-lichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte

Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektro-nischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsfor-men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG nieder-gelegte zwingende Zweitverwertungsdes Autors nach Ablauf von onaten nach der Veröffent-12 Monaten nach der Veröff lichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-träge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, so-weit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redi-giert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-gesetzes ohne schriftliche Genehmi-gung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Post-fach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (089) 381 89-687, Telefax (089) 381 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 381 89-598, Telefax (089) 38189-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Post-anschrift: Postfach 40.0340, 80703 München, Telefon: (089)38189-0, Telefax: (089)38189-398, Post-bank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 279, ezugspreise 2015: Jahrlich € 2/9,-(darin € 18,25 MwSt.). Einzelheft: € 27,- (darin € 1,77 MwSt.). Ver-sandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft liefer-

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Post-dienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenanderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verkann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

→ Editorial	89
Schnell und aktuell	92
Schwerpunkt Umweltverträglichkeitsprüfung → Die Behandlung von Anlagen zur Eisenbahnherstellung im Verwaltungsrecht Der VwGH hat den UVP-Bescheid betreffend das Vorhaben "Semmering-Basistunnel neu" mit der Begründung aufgehoben, dass Anlagen, die allein der Herstellung der Eisenbahn dienen, keine Eisenbahnanlagen sind. Der Beitrag untersucht, ob und inwieweit dieses Erk zu einer Revision der Genehmigungspraxis zwingt. Von Ewald Wiederin	93
→ Über die sachliche Zuständigkeit im UVP-Rechtsschutz	102
→ Keine Bindungswirkung von UVP-Feststellungsbescheiden	123
Beitrag → "Offensichtlich missbräuchlich" im Sinne der Aarhus-Konvention Eine Studie zur Auslegung gemischter Verträge. Das bewegliche System als Methode der Wahl? Nach der Aarhus-Konvention kann der Zugang zu Umweltinformationen beschränkt werden, wenn Anträge auf Umweltinformationen "offensichtlich missbräuchlich" sind. Auffallend ist, dass dieses Begriffspaar in den verschiedenen Sprachfassungen nicht identisch ist und eine Auslegung auf internationaler, europäischer und nationaler Rechtsebene erforderlich macht. Die Methode des beweglichen Systems ermöglicht es, die Ergebnisse der Auslegung und der Rechtsvergleichung miteinander in Einklang zu bringen und klare Fallgruppen zu bilden. Von Felix Frommelt	106
Europarecht Bearbeitet von Verena Madner und Julia Kager	
→ Biodiversität, Energie	113
→ Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum	114
→ Gentechnisch veränderte Organismen	115
→ Wasserrecht	116



Bundesrecht

Bearbeitet von Nicolas Raschauer und Stefanie Werinos

→ Ausgangsstoffverordnung, gewerbliches Betriebsanlagenrecht	116
→ Koordinierungsstelle betreffend Abfälle, Nachhaltigkeit biogener Stoffe iZm	445
MinSt-Begünstigungen	117
→ Schifffahrtsrecht, Weltraumrecht	118
1 andorocht	
Landesrecht Bearbeitet von Nicholas Raschauer und Stefanie Werinos	
→ Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich	118
→ Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg	119
→ Wien	119
RdU-Leitsatzkartei	
→ RdU-LSK 2015/15-24	120
Rechtsprechung	
→ Nachbarrechtliche Einstandspflicht bei Hangrutschung infolge	
risikoerhöhenden Verhaltens	129
Mit Anmerkung von Erika Wagner und Claudia Jandl	
Standards	
→ Impressum	89
→ Veranstaltungen & Seminare	
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	102
Umwelt und Technik	
→ Wer A wie Aarhus sagt	43
Von Wilhelm Berthaler	
→ Miscellaneous vom EuGH	44
→ Wasser in Badeseen – Qualitätssicherung durch Standards	49
→ Grazer Energierechtstag 2015	50

RdU [2015] 03

→ Editorial	225
ZVB-Aktuell	228
Vergaberecht	
Bericht	
→ BVergG-Novelle 2015	229
ZVB-Leitsatzkartei	
→ ZVB-LSK 2015/55-60	231
Rechtsprechung	
→ Aufschiebende Wirkung bei Revisionen gegen die Nichtigerklärung oder Aufhebung eines Vertrags?	232
→ Die Ausschreibung einer Altlastensanierung auf dem Prüfstand, Teil I	234
→ Abweisung, abseits fehlender Antragslegitimation	242
→ Ob eine Abweichung vom Ausschreibungstext nach oben oder nach unten erfolgt, macht keinen Unterschied	246
→ Die vertiefte Angebotsprüfung kann im Nachprüfungsverfahren nicht nachgeholt werden	248 ′
→ Vergabevorhaben bei wiederkehrenden Leistungen	251
→ Ist wirklich jeder Wettbewerbsverstoß schon ein Ausschlussgrund? EuGH 18. 12. 2014, C-470/13, Generali-Providencia Biztosító Zrt gegen Közbeszerzési Hatóság und Közbeszerzési Döntőbizottság Mit Anmerkung von Thomas Hamerl	254 1
→ Direktvergabe dringender Krankentransportdienstleistungen im Unterschwellenbereich an Freiwilligenorganisationen zulässig EuGH 11. 12. 2014, C-113/13, Azienda sanitaria ua Mit Anmerkung und Praxistipp von Bernt Elsner und Marlene Wimmer	256



Bauvertragsrecht

Beitrag

Ausgewählte Themen zur ÖNORM B 2110 Unter fiktiven Bedingungen ließen sich fiktive Bauvorhaben vollständig konstruktiv planen. Eine ausführungsbegleitende Planung und ein Leistungsänderungsrecht des AG wären unter solchen Voraussetzungen nicht erforderlich. In der Baupraxis hat man es jedoch mit realen Bedingungen und realen Bauvorhaben zu tun, eine ausführungsbegleitende Planung ist oft erforderlich und der AG braucht in bestimmten Grenzen das Recht, notwendige Leistungsänderungen anzuordnen. Diese Leistungsänderungen haben grundsätzlich Auswirkungen auf den Preis. Von Albert Oppel

Rechtsprechung

→ Ansprüche sind auf die richtigen Grundlagen zu stützen OGH 18. 12. 2014, 3 Ob 178/14 v Mit Anmerkung und Praxistipp von Albert Oppel

Musterserie

Von Johannes Bousek

Standards

[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Mag. Johannes Bousek, Rechtsanwalt bei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsan-

MMag. Dr. Bernt Elsner, Partner bei CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH Mag. Reinhard Grasböck, Richter des Bundesverwaltungsgerichts Georg Gruber, Student der Rechtswissenschaften an der Universität Wien

Georg Gruber, Student der Rechtswissenschaften an der universität wien Mag. Thomas Gruber, Richter des Bundesverwaltungsgerichts Mag. Thomas Hamerl, Partner bei CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH Mag. Gudrun Mittermayr, ASFINAG, Abteilung Recht und Einkauf Dr. Karlheinz Moick, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft Dr. Matthias Öhler, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichts Wien Mag. Hannes Besondorfer Besthespurgit bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

Mag. Hannes Pesendorfer, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte Dr. Sigmund Rosenkranz, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol Mag. Marlene Wimmer, Associate bei CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. Stephan Denk, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer Dr. Heimo Elimer, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichlischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger

Dr. Hans Gölles, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe Mag. Reinhard Grasböck, Richter des Bundesverwaltungsgerichts Doz. Dr. Brigitte Gutknecht, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien

Univ.-Prof. DI Dr. Andreas Kropik, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger

Dr. Rudolf Lessiak, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht

Dr. Matthias Öhler, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte Mag. Franz Pachner, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMWFW iR

[Bundesländerkorrespondentinnen]

Mag. Otto-Imre Pathy, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg Dr. Robert Berger, Amt der Salzburger Landesregierung Dr. Doris Hattenberger, Universität Klagenfurt

Mag. Beatrix Lehner, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)

Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichtes Wien Mag. Christian Ruzicka, Stadt Wien, MA 63 Dr. Sigmund Rosenkranz, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol

Mag. Florian Schiffkorn, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung Mag. Manja Schlossar-Schiretz, Landesverwaltungsgericht Steiermark

Mag. Karin Schnabl, Landesverwaltungsgericht Steiermark

Dr. Volker Wurdinger, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

	→ Editorial	57
n.	VA Constitution of the second	
	Windkraft	
	→ Windkraft in der Raumordnung der Bundesländer	60
	Steuer-Radar	67
	Judikatur	69
	Aktuelle Judikatur der Höchstgerichte zur Gemeinde als Steuergläubiger Ein Schachtkopfbauwerk ist kein Gebäude, dessen Errichtung die Vorschreibung eines Erschließungsbeitrags erlauben würde (VfGH 11. 12. 2014, B 116/2012). Bei der Vorschreibung einer Ergänzungsabgabe zur Wasseranschlussabgabe ist ein Pflegeheim einem Wohngebäude gleichzuhalten (VwGH 21. 10. 2014, 2012/17/0276). Das VGSG bietet keine Grundlage für die Erhebung der Vergnügungssteuer auf Apparate, denen ihrer Funktion nach kein Unterhaltungswert innewohnt (VwGH 17. 9. 2014, 2013/17/0593). Die Länder (Gemeinden) sind nicht gehindert, auf (landesrechtlich) verbotene Ausspielungen mit Glücksspielautomaten Vergnügungssteuer zu erheben (VwGH 17. 11. 2014, 2012/17/0591). Von Stefan Leo Frank	00
	Otherfree plat	
0	Strafrecht	70
nit spiel	→ Tatort Gemeindeamt II	73
,	Öffentliches Recht	
nit spiel	→ Effekte einer Gemeindefusion – ein Erfahrungsbericht aus Trofaiach	76

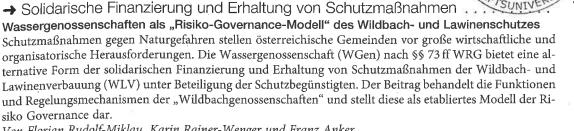
REG [2015] 02

mit Beispiel

Synergien entstünden. Von Michael Walchshofer

Beispiel + Praxistipp

92



Von Florian Rudolf-Miklau, Karin Rainer-Wenger und Franz Anker

- Open Data ist ein Phänomen des Informationszeitalters und steht für Transparenz und Partizipation durch das Offenlegen von digitalen Daten gegenüber der Öffentlichkeit durch Staat und Verwaltung. Der Beitrag gibt einen Einblick, wie die Gemeinden die Vorteile von Open Data nutzen können. Von Elisabeth Hödl und Tanja Rohrer
- Public Private Partnerships (PPP) bieten eine Vielzahl unterschiedlicher Gestaltungsmöglichkeiten zur Steigerung der Effizienz kommunaler Aufgabenerledigung. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltungsform der PPP sind aber in jedem Fall umfassende kontinuierliche Kontrollmechanismen sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Steuerung der PPP sowie eine entsprechende Aufgabenerfüllung notwendig. Der Beitrag greift diese Problematik auf und beleuchtet die in diesem Zusammenhang wesentlichen Kontrollinstrumente. Die landesrechtlichen Bestimmungen werden dabei am Beispiel der Steiermark erläutert.

Von Marie Christine Lumper

Standards

→ Impressum 57



Von "Amtsnachschau" bis "Zustellverfügung"

2014: 212 Seiten. Geb. EUR 24.-ISBN 978-3-214-00809-3



Redaktion der Österreichischen Juristen-Zeitung

Sprache und Recht

Kolumnen aus der Österreichischen Juristen-Zeitung

Von "Amtsnachschau" bis "Zustellverfügung" — Juristendeutsch ist seit langem in Verruf geraten: unverständlich, nicht zeitgemäß, papierenes Amtsdeutsch, das mehr verschleiert, als es erklärt.

Woran liegt das? Gibt es Wege, auf denen Juristen sich besser verständlich machen können? Was ist von so mancher Kurialfloskel zu halten?

Aufbauend auf die beliebte gleichnamige Rubrik der Österreichischen Juristen-Zeitung hat die Redaktion alte und neue Kolumnen in diesem handlichen Buch (das Gegenteil eines Handbuchs also) zusammengetragen. Möge "Sprache und Recht" bei der Austreibung sprachlicher Unarten behilflich sein!

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 1014 Wien www.manz.at



D3-2157 D3-2157

Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

HJIL Heidelberg Journal of Infernational Law

Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Aus dem Inhalt

F. Lange

Wider das "völkerrechtliche Geschwafel" – Hermann Mosler und die praxisorientierte Herangehensweise an das Völkerrecht im Rahmen des Max-Planck-Instituts 307

A von Bogdandy:

Ius Constitutionale Commune en América Latina – Beobachtungen zu einem transformatorischen Ansatz demokratischer Verfassungsstaatlichkeit 345

C. Franzius:

Grundrechtsschutz in Europa – Zwischen Selbstbehauptungen und Selbstbeschränkungen der Rechtsordnungen und ihrer Gerichte 383

D. Howland:

The Japan House Tax Case, 1899-1905: Leases in Perpetuity and the Myth of International Equality 413

1. Stegmiller:

Palästinas Aufnahme als "Mitgliedstaat" des Internationalen Strafgerichtshofs 435

2/201575. Jahrgang · Seiten 307-454
Verlag C. H. Beck München





Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

F. Lange: Wider das "völkerrechtliche Geschwafel" – Hermann Mos- ler und die praxisorientierte Herangehensweise an das Völkerrecht im Rahmen des Max-Planck-Instituts	307
A. von Bogdandy: Ius Constitutionale Commune en América Latina – Beobachtungen zu einem transformatorischen Ansatz demokratischer Verfassungsstaatlichkeit	345
C. Franzius: Grundrechtsschutz in Europa – Zwischen Selbstbehauptungen und Selbstbeschränkungen der Rechtsordnungen und ihrer Gerichte	383
D. Howland: The Japan House Tax Case, 1899-1905: Leases in Perpetuity and the Myth of International Equality	413
Stellungnahmen und Berichte	
I. Stegmiller: Palästinas Aufnahme als "Mitgliedstaat" des Internationalen Strafgerichtshofs	435
Buchbesprechungen	
Lindner, Christoph: Die Effektivität transnationaler Maßnahmen gegen Menschenhandel in Europa (Armin Knospe)	445
Surholt, Alexa: Amtshaftung für Handlungen in Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Samir Felich)	450